

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 79 Juni 2022

ISSN 1439-2011

Gewaltfreier Widerstand in repressiven Zeiten: Strategien des Widerstands und Formen der Unterstützung

Tagung des Bund für Soziale Verteidigung
11.-12.03.2022 (online)



Dieses Papier dokumentiert Vorträge der Tagung zu zivilem Widerstand, die der BSV im März 2022 abgehalten hat. Das Programm war vor dem russischen Angriff auf die Ukraine geplant worden, dennoch spielte dieser Krieg in mehreren Beiträgen eine Rolle.

Die Tagung wurde gefördert von:

Gefördert durch:

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes



Bertha
von Suttner
Stiftung
der DFG-VK

Hoffnungsvoll sein

von Howard Zinn (1922-2010)

In schlechten Zeiten hoffnungsvoll zu sein, ist nicht nur töricht romantisch. Sie beruht auf der Tatsache, dass die menschliche Geschichte nicht nur eine Geschichte der Grausamkeit ist, sondern auch eine Geschichte des Mitgefühls, der Aufopferung, des Mutes, der Freundlichkeit.

Was wir in dieser komplexen Geschichte hervorheben, wird unser Leben bestimmen. Wenn wir nur das Schlimmste sehen, zerstört das unsere Fähigkeit, etwas zu tun. Wenn wir uns an jene Zeiten und Orte erinnern - und es gibt so viele -, in denen sich Menschen großartig verhalten haben, gibt uns das die Kraft zu handeln und zumindest die Möglichkeit, diesen Kreisel einer Welt in eine andere Richtung zu lenken.

Und wenn wir handeln, und sei es auch nur im Kleinen, müssen wir nicht auf eine große utopische Zukunft warten. Die Zukunft ist eine unendliche Folge von Geschenken, und jetzt so zu leben, wie wir denken, dass Menschen leben sollten, trotz allem, was um uns herum schlecht ist, ist selbst ein wunderbarer Sieg.

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Gewaltfreier Widerstand in repressiven Zeiten: Strategien des Widerstands und Formen der Unterstützung

Foto: Protest_gegen den Militärputsch, in Myanmar, 9.2.2021
Foto: Ninjastrikers, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=99691098>

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.79

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Juni 2022
ISSN 1439-2011
Lizenz: by-nc-nd/4.0/

4,- Euro

Inhalt

Inhalt	3
Einleitung	4
Das Tagungsprogramm.....	5
Gewaltfreier Kampf in repressiven Zeiten: Gegenstrategien für dauerhaften Widerstand	
<i>Sharon Erickson Nepstad</i>	6
Gängige Methoden der staatlichen Repression.....	6
Methoden der Unterdrückung durch Bürger*innen	8
Was kann getan werden? Der Repression entgegenwirken	9
Schlussfolgerung	13
Literaturangaben.....	14
Belarus Widerstand gegen Diktatur und Krieg. „Nein heißt nein!“	
<i>Olga Karatch</i>	16
Vorläufige Ergebnisse nach zehn Tagen der Kampagne:	16
Unerwartete Ergebnisse:	17
Die Hauptrisiken:	17
Nächste Schritte:	18
Kurzinput zum Einstieg in die Diskussion über die Ukraine	
<i>Ulrich Stadtmann</i>	19
AG 1: Die Sicht der lokalen Zivilgesellschaft: Wie umgehen mit eingeschränktem Handlungsspielraum? Am Beispiel indigener Gruppen in Russland	
<i>Johannes Rohr</i>	20
Was bedeutet die Entwicklung, wie wir sie sehen für die kleinen indigenen Völker des rusländischen Nordens?.....	21
Im neuen Russland	22
Welche Strategien hatten wir bisher?.....	23
Welche Strategien werden genutzt, um Aktivist*innen zu diskreditieren?	23
Welche Möglichkeiten der Unterstützung von außen siehst du als erfolgversprechend an?	24
Welche Möglichkeiten für die Menschen in Russland siehst du als erfolgversprechend an?	24
AG 2: Vorwurf der Steuerung von außen	
<i>Ute Finckh-Krämer</i>	25
AG 3: Chile 2019 – 2022: Soziale Revolte und neue Verfassung	
<i>Beate Loewe-Navarro und Marcial Navarro</i>	27
Vorgeschichte.....	27
Soziale Revolte 2019.....	27
Warum? – Hintergründe	27
Erfolg – verfassungsgebende Versammlung.....	28
Präsidentschaftswahl, erste Runde.....	28
Zweite Runde der Präsidentschaftswahl	29
Wie geht es weiter?	29
Quellen / Zum Weiterlesen.....	29
AG 4: Syrien: Solidarität von unten? Ein Hoch auf die internationale Zivilgesellschaft	
Der Partneransatz von Adopt a Revolution	
<i>Maria Hartmann</i>	31
Beispiele aus der Arbeit von Partnern von Adopt a Revolution	31
Adopt a Revolution und die neue syrische Diaspora.....	31
Was können wir tun?.....	31

Einleitung

Christine Schweitzer

Die Zahl ziviler, gewaltfreier Widerstandsbewegungen hat in den letzten dreißig Jahren stark zugenommen; allerdings ist ihre Erfolgsquote seit ca. 10 Jahren gesunken.¹ Es gilt weiterhin, dass seit 1900 über 50% der gewaltlosen Bewegungen, die ein Regime gestürzt oder territoriale Souveränität erkämpft haben, erfolgreich waren. Doch ihre Erfolgsquote ist – ebenso wie die Quote gewaltsamer Aufstände – von 2010 bis 2019 drastisch gesunken. Weniger als 34% gewaltfreier Revolutionen führten in den letzten zehn Jahren zu Erfolg, weniger als 9 % waren es bei den gewaltsamen.

Auf der Tagung „Gewaltfreier Widerstand in repressiven Zeiten: Strategien des Widerstands und Formen der Unterstützung“, die vom 11.-12. März 2022 online stattfand, ging es um die neuen Erkenntnisse zu solchen Widerstandsbewegungen. Dabei nahmen wir einen Viererschritt vor:

1. Überblick über neue Erkenntnisse;
2. Durch Beispiele die Situation und Herausforderungen aktueller Bewegungen anschaulich machen;
3. Herausforderungen/Diskussionspunkte aufgreifen;
4. Was zur Unterstützung tun?

Wir hatten über 75 Anmeldungen; gleichzeitig im Raum waren bis zu 60 Menschen. Am Freitag hielt die Bewegungsforscherin Sharon Erickson Nepstad einen grundlegenden Vortrag über die Möglichkeiten zivilen Widerstands. Es ging vor allem darum, wie autoritäre Regierungen zunehmend lernen, mit Repression auf zivilen Widerstand zu antworten, was auch erklärt, warum deren Erfolgsrate, die in früheren Jahrzehnten so hoch war, zurück ging. Aber, so Nepstad, auch die sozialen Bewegungen lernen und passen sich an. Wichtig ist, sich zu organisieren - ein paar spontane Demos auf der Straße reichen nicht aus. Und oftmals muss man "nur" auf den richtigen Moment warten, wo sich ein Fenster auftut, um die eigenen Ziele zu erreichen.

Am nächsten Morgen ging es dann um Belarus mit einem Vortrag von Olga Karatch von Nash Dom über ihre Kampagne "Nein heißt nein". Leider fiel der Vortrag von Christine Meissler über "shrinking space" aus Krankheitsgründen aus, ebenso wie die geplante Arbeitsgruppe von Uli Schieszl zum Zivilen Friedensdienst. Trotzdem haben wir die Zeit gut genutzt: Am Morgen haben wir eine längere Debatte über die Ukraine und Chancen und ethische Gesichtspunkte gewaltfreien Handelns eingefügt. Am Nachmittag ging es dann weiter in Arbeitsgruppen zu Chile, der Unterstützung von indigenen Gruppen in Russland, Syrien (Unterstützungsarbeit von Adopt a Revolution) und dem oft erhobenen Vorwurf der Steuerung von Protestbewegungen von außen.

¹ Siehe das neue Buch von Erica Chenoweth, *Civil Resistance. What Everyone Needs to Know*. Oxford: University Press 2021

Das Tagungsprogramm

	Freitag, 11.3.2022	
19.30 h	Eröffnung: Erläuterung Ziel und Aufbau der Tagung	Stephan Brües, BSV
20.00 – 21.30	Einführender Vortrag: Nonviolent Struggle and Civil Resistance	Dr. Sharon Erickson Nepstad, University of New Mexico
	Samstag, 12.3.2022	
09.00	Morgendliche Begrüßung und Einführung in den Tag	
09.15	Belarus	Olga Karatch; Nash Dom (Unser Haus) (Belarus)
10.30	Aussprache zur Ukraine in Kleingruppen und Plenum nach zwei Kurzinputs	Kurzinput Ulrich Stadtmann zu zivilem Widerstand Stephan Brües zu KDV und Desertion
	Mittagspause	
14.00	Von den Einzelfällen zum Allgemeinen: Interessen der Akteur*innen	
	AG 1: Die Sicht der lokalen Zivilgesellschaft: Wie umgehen mit eingeschränktem Handlungsspielraum?	Johannes Rohr, Vorstandsmitglied und Projektkoordinator INFOE (Schwerpunkt indigene Völker in Russland)
	AG 2: Vorwurf der Steuerung von außen	Kontrovers, Regime change Steuerung von außen: Dr. Ute Finckh-Krämer, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
15.15	Kleingruppen zum Austausch	
16.00	Und was von außen tun?	
	AG 1 Chile	Beate Loewe-Navarro und Marcial Navarro, Cabildo Abierto de Bremen
	AG 2: Solidarität von unten? Ein Hoch auf die internationale Zivilgesellschaft: Der Partneransatz von Adopt a Revolution	Maria Hartmann, Adopt a Revolution
17.15	Abschluss der Tagung mit Kurzinput, abschließendem Plenum	Zusammenfassender Input von Renate Wanie

Gewaltfreier Kampf in repressiven Zeiten: Gegenstrategien für dauerhaften Widerstand

Sharon Erickson Nepstad

Gewaltfreier Widerstand beinhaltet eine Reihe wirkungsvoller Taktiken und Strategien, die es Menschen ermöglicht haben, eine Vielzahl von Siegen zu erringen - von Menschenrechten über Rassengerechtigkeit bis hin zum Ende autoritärer Regime und dem Beginn von Demokratie. Doch wie alle Formen des Kampfes ist auch die gewaltfreie Aktion mit Risiken verbunden - manchmal mit schwerwiegenden Risiken. Wir wissen, dass gewaltfreie Bewegungen im Allgemeinen weniger tödliche Repressionen nach sich ziehen als bewaffnete Bewegungen. In einer Studie kam es bei 23 % der gewaltfreien Bewegungen zu Massentötungen, bei den bewaffneten Bewegungen waren es dagegen über 68 % (Chenoweth 2017). Nichtsdestotrotz sind gewaltlose Widerständler*innen immer noch mit einer Vielzahl von Sanktionen konfrontiert. Repression ist in der Tat allgegenwärtig: In der bahnbrechenden Studie von Erica Chenoweth und Maria Stephan (2011) fanden sie heraus, dass von den über 100 gewaltfreien maximalistischen Kampagnen, die im 20. Jahrhundert stattfanden, fast 90 % mit einem gewissen Maß an Repression konfrontiert waren. Kurz gesagt: Widerstand wird fast immer Sanktionsmaßnahmen nach sich ziehen.

Wir neigen zu der Annahme, dass Repression sozialer Bewegungen immer eindeutig negativ ist. Sicherlich kann staatlich geförderte Repression eine Bewegung beenden, wie es bei der Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in China 1989 der Fall war. Dies geschieht dadurch, dass die Kosten für die Teilnahme erhöht werden, was einige Menschen dazu veranlasst, auszusteigen, und andere davon abhält, sich anzuschließen (Tilly 1978). Wir wissen auch, dass Repression manchmal eine Bewegung stoppen kann, indem sie ihre wichtigsten Anführer*innen beseitigt - wie im Fall der amerikanischen Bewegung der Indigenen (wo die meisten Anführer*innen entweder inhaftiert oder getötet wurden) sowie im Fall der nigerianischen Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes, als ihr Anführer, Ken Saro-Wiwa, aufgrund einer erfundenen Anklage hingerichtet wurde (Nepstad und Bob 2006). Staatliche Repression kann jedoch auch nach hinten losgehen, d. h. sie stärkt eine Bewegung, anstatt sie zu vereiteln (Hess und Martin 2006; Martin 2007). Wenn die Menschen sehen, wie unbewaffnete Widerstandskämpfer*innen unterdrückt werden, kann dies moralische Empörung hervorrufen, die zu mehr Unterstützung führt. Manche fühlen sich sogar gezwungen, sich einer Bewegung anzuschließen, da die Repression die Brutalität eines Staates aufdeckt und verdeutlicht, wie dringend notwendig ein Wandel ist, und dass es nicht möglich ist, innerhalb des bestehenden politischen Systems zu arbeiten.

Wenn staatliche Repression unvermeidlich ist, wie können gewaltlose Widerstandskämpfer*innen ihre Auswirkungen minimieren oder sie sogar zu ihrem Vorteil umwandeln? Welche Erkenntnisse bieten uns die Forschungsstudien auf diesem Gebiet? Mit diesem Vortrag verfolge ich drei Ziele. Erstens werde ich gängige Methoden der Unterdrückung beschreiben, die Regierungen und Bürger*innen einsetzen, um Bewegungen zu stoppen. Zweitens werde ich erörtern, wie Aktivist*innen die Auswirkungen dieser Repression abschwächen können, um die Demonstrant*innen zu schützen und die Bewegung zu unterstützen. Drittens werde ich erörtern, wie Bürger*innen einen Akt der Repression so umgestalten können, dass eine Gegenreaktionsdynamik entsteht, die auch als politisches Jiu Jitsu (Sharp 1973) oder als Paradoxon der Repression (Kurtz und Smithey 2018) bekannt ist.

Gängige Methoden der staatlichen Repression

Forscher*innen haben die Methoden dokumentiert, die Regierungen anwenden, um die Macht einer Bewegung zu untergraben oder sie vollständig zu demobilisieren (Marx 1979). Eine der am häufigsten angewandten Techniken besteht darin, ein *ungünstiges Bild von den*

*Anführer*innen und Teilnehmer*innen der Bewegung zu zeichnen.* Dies geschieht, um die Bewegung zu diskreditieren oder zu delegitimieren und so ihre Anziehungskraft in der breiten Öffentlichkeit zu untergraben. Während des Montgomery-Busboykotts von 1956, mit dem die US-Bürgerrechtsbewegung ihren Anfang nahm, verbreiteten weiße Rassentrenner*innen Gerüchte, Martin Luther King Jr. und seine Mitstreiter*innen würden Spendengelder einstecken und die Kampagne nutzen, um sich selbst zu bereichern (King 1958). Jahre später verbreitete das Federal Bureau of Investigation (FBI) der US-Regierung das Gerücht, King habe eine sexuelle Affäre mit einem anderen Bürgerrechtsführer, Bayard Rustin, gehabt, der schwul war. In den 1960er Jahren, als die LGBTQI-Bewegung das Stigma der Homosexualität noch nicht in Frage gestellt hatte, wurde dies ausdrücklich getan, um Kings moralische Glaubwürdigkeit zu beschädigen (D'Emilio 2003).

Eine zweite Methode der Unterdrückung ist das *Sammeln von Informationen* über Aktivist*innen und Pläne der Bewegung. Dies geschieht durch verschiedene Mechanismen, wie das Abhören von Telefonen, den Zugriff auf Texte und E-Mails und die Entsendung von Informant*innen, die die Bewegung infiltrieren und sich als Aktivist*innen ausgeben. In den letzten Jahren werden zunehmend Informationen durch Überwachungstechnologien gesammelt. Während der jüngsten Proteste in Hongkong setzte der Staat beispielsweise Gesichtserkennungssoftware ein, um die Teilnehmer*innen an den Demonstrationen zu identifizieren.

Eine dritte Methode der Unterdrückung ist der *Einsatz von Provokateuren*, die während der Proteste zu Gewalt anstiften. Dies dient einem doppelten Zweck: Es trübt das Image der Bewegung und rechtfertigt ein staatliches Durchgreifen. Wenn Demonstrant*innen Eigentum zerstören, Feuer legen oder sich mit Gegnern prügeln, kann der Staat verkünden, dass Strafmaßnahmen notwendig waren, um Recht und Ordnung zu stärken. Dies ist in einer Vielzahl von Fällen geschehen. In Syrien ließ das Assad-Regime 2011, auf dem Höhepunkt der Aufstände des Arabischen Frühlings, angeblich Waffenverstecke in den aufständischsten Städten zurück, um Oppositionelle zum Griff zu den Waffen zu bewegen (Chase 2021: 8). Wenn die Opposition begann, den Staat mit Gewalt zu bekämpfen, konnten die syrischen Streitkräfte ein militärisches Vorgehen gegen sie rechtfertigen. Dies verschaffte dem syrischen Regime einen strategischen Vorteil, da es über weitaus mehr Truppen und deutlich mehr Waffen verfügte. Einige Demonstrant*innen haben den Köder geschluckt, was zu einem Bürgerkrieg führte.

Provokateure sind nicht immer nur Agenten des Staates. Manchmal sind sie auch Teil von Gegenbewegungen. Bei den Protesten in Minneapolis im Jahr 2020 - nach dem Tod von George Floyd durch einen Polizeibeamten - gab es beispielsweise einen Provokateur, der als "Regenschirmmann" bekannt wurde. Der "Umbrella Man" war für das Einschlagen von Fensterscheiben in zahlreichen Geschäften, das Auslösen von Bränden und die Anstiftung zu Unruhen verantwortlich. Als er schließlich verhaftet wurde, stellte sich heraus, dass er zu einer Gruppe weißer Rassisten gehörte, die in der Hoffnung, einen Rassenkrieg auszulösen, zur Gewalt anstiftete.

Eine vierte Methode der Unterdrückung ist der Einsatz von Infiltrator*innen, um *interne Konflikte zu schüren*. Regierungsinfiltrator*innen können innerhalb einer Bewegung Spannungen über Taktiken und Ziele erzeugen oder verschärfen. Sie können Persönlichkeiten gegeneinander ausspielen und Gerüchte verbreiten. Das Ergebnis ist, dass sich die Bewegungen am Ende so sehr auf ihre internen Konflikte konzentrieren, dass sie nicht in der Lage sind, erfolgreiche Kampagnen zu starten oder Aktionen über längere Zeit aufrechtzuerhalten. Dies geschah in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung, wo Infiltrator*innen Spaltungen zwischen Aktivist*innen, die für Gewaltlosigkeit eintraten, und denen, die militantere und gewalttätigere Methoden anwenden wollten, schürten. Irgendwann war das Misstrauen darüber, wer ein*e Informant*in war, so groß, dass es das Vertrauen innerhalb der Bewegung zerstörte und der Moral schadete, so dass es für die Bewegung schwierig wurde, weiter zu bestehen.

Eine fünfte Technik ist die Verbreitung von *Fehlinformationen*. Wir alle wissen, dass Russland eine Fehlinformationskampagne in den sozialen Medien geführt hat, um Uneinigkeit

und Parteispaltungen unter den US-Bürger*innen zu säen, insbesondere während der Präsidentschaftswahlen 2016. Es gibt auch Gruppen in ganz Europa und Nordamerika, die Fehlinformationen über Covid-Impfstoffe verbreitet haben. Fehlinformationskampagnen wurden jedoch auch von Regierungen eingesetzt, um die Aktivitäten von Bewegungen zu behindern. Der Soziologe Gary Marx (1979: 105-106) beschrieb, wie das U.S. Federal Bureau of Investigation in den 1970er Jahren Pläne für Großdemonstrationen in Chicago und Washington DC durchkreuzte. Die Organisator*innen des Marsches benutzten Formulare, um auswärtige Demonstrant*innen mit Einheimischen zusammenzubringen, die bereit waren, ihnen eine Unterkunft zu bieten. Das FBI-Personal übermittelte den Organisator*innen des Marsches Dutzende von Unterkunftsformularen, in die es fiktive Namen und Adressen eintrug. Als die Demonstrant*innen in der Stadt ankamen, verbrachten sie Stunden damit, nach Adressen zu suchen, nur um festzustellen, dass diese nicht existierten und sie somit keine Unterkunft hatten.

Manchmal wurden die FBI-Agent*innen bei diesen Fehlinformationskampagnen sehr kreativ. So hatten sie beispielsweise Pläne geschmiedet (die nie ausgeführt wurden), einen nationalen Kongress der Black Panther Party zu stören, indem sie den Organisator*innen die falsche Information zukommen ließen, dass die gespendeten Lebensmittel vergiftet und die ersten Anzeichen einer Vergiftung Magenkrämpfe seien. Das FBI plante, dem Obst ein starkes Abführmittel zu injizieren, was die Teilnehmer*innen des Kongresses dazu veranlassen hätte, sich in ärztliche Behandlung zu begeben und die Versammlung zu beenden.

Das Gegenteil der Verbreitung von Fehlinformationen ist die *Verhinderung genauer Informationen*, die die Bewegung zu verbreiten versucht (Gohdes 2015). Dies ist eine sechste Methode der Repression. Als zivile Widerstandskämpfer*innen 2011 in Ägypten Facebook und Twitter nutzten, um bevorstehende Aktionen anzukündigen, schaltete der Staat das Internet ab. Heute hat die Regierung von Präsident Putin in Russland die Nutzung sozialer Medien blockiert, um Videos, Fotos und Informationen über den Einmarsch in der Ukraine zu verhindern.

Eine siebte Methode besteht darin, die *Anführer*innen zu entfernen*, in der Hoffnung, dass die Bewegung ohne eine*n Anführer*in ins Trudeln gerät. Dies kann durch Verhaftung (oft unter erfundenen Anschuldigungen) und Inhaftierung geschehen. Martin Luther King, Jr. wurde während des Busboykotts in Montgomery unter der falschen Anschuldigung verhaftet, zu schnell gefahren zu sein und einen abgelaufenen Führerschein zu besitzen (King 1958). Manchmal führt die Beseitigung einer Führungspersönlichkeit zu einer Ermordung. Während des Bürgerkriegs in El Salvador ordnete das Militärregime die Hinrichtung von Erzbischof Oscar Romero an, der sich energisch gegen die Menschenrechtsverletzungen des Staates aussprach und eine Landreform und bürgerliche Freiheiten für die Armen forderte (Peterson 1996; Whelan 2020). In jüngerer Zeit wurde diese Taktik gegen den russischen Oppositionsführer Alexej Nawalny angewandt, der vergiftet wurde. Nachdem er sich in Deutschland erholt hatte und nach Russland zurückgekehrt war, wurde er inhaftiert, um ihn aus der Öffentlichkeit zu entfernen und die Person zum Schweigen zu bringen, die Missstände in der Regierung anprangerte.

Methoden der Unterdrückung durch Bürger*innen

Nicht nur der Staat setzt Repressionen ein, um Bewegungen zu stoppen. Auch Einzelpersonen und Bürgergruppen tun dies. Myra Marx Ferree (2005) verwendet den Begriff „sanfte Repression“, um zu beschreiben, wie Menschen Aktivist*innen lächerlich machen, stigmatisieren, zum Schweigen bringen und Gerüchte über sie verbreiten können, um sie zum Aufgeben zu zwingen. In der feministischen Bewegung wurden Frauen, die über sexuelle Belästigung berichteten, oft als Lügner*innen dargestellt. Viele derjenigen, die ihre Erfahrungen mit sexueller Belästigung im Rahmen der auf sozialen Medien basierenden #MeToo-Bewegung schilderten, wurden von Trollen verspottet. Sanfte Unterdrückung gab es auch 2016, als der afroamerikanische Football-Spieler Colin Kaepernick als Teil der Black-Lives-Matter-Bewegung begann, während des Abspielens der US-Nationalhymne vor dem Spiel

zu knien statt zu stehen. Tausende machten sich in Leserbriefen, in sozialen Medien und durch das Tragen von Plakaten, die ihn während der Spiele anprangerten, über ihn lustig. Es wurden auch Gerüchte laut, die in Frage stellten, ob er wirklich ein Schwarzer sei (da er von weißen Eltern aufgezogen wurde). Dennoch folgten viele im ganzen Land seinem Beispiel, darunter auch Highschool-Sportler*innen, die von Zuschauer*innen und Mitschüler*innen ausgebuht und verhöhnt wurden (Nepstad und Kinney 2018).

Doch nicht alle bürgerlichen Repressionen sind sanft. Oft können sie brutal und bösartig sein. Das beste Beispiel dafür ist die Selbstjustiz, die der Ku-Klux-Klan gegen afroamerikanische Bürgerrechtsaktivist*innen ausübte (Cunningham 2013). Gegenwärtig beobachten wir eine Zunahme von zivilen Bürgerwehren an der Grenze zwischen den USA und Mexiko, die Migrant*innen, die das Land betreten haben, festnehmen und manchmal angreifen (Elcioglu 2015) oder deponierte Wasserkanister ausschütten, wodurch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Migrant*innen in der Wüste sterben.

Was kann getan werden? Der Repression entgegenwirken

Glücklicherweise haben Wissenschaftler*innen nicht nur die Formen der Repression dokumentiert, mit denen die Teilnehmer*innen einer Bewegung konfrontiert sind, sondern auch Strategien, die die Auswirkungen solcher Handlungen abschwächen und so den zivilen Widerständler*innen ein Weitermachen ermöglichen. Wenn Demonstrant*innen Strategien gegen die Repression entwickeln, sollten sie bedenken, dass die Formen der Repression vom Regimetyp geprägt sind, wobei Demokratien in der Regel "weichere" Methoden anwenden, während autoritäre Regime härter vorgehen. Mit anderen Worten: Demokratische Staaten tendieren eher dazu, Informationen zu sammeln, den Ruf der Protestierenden zu schädigen und Provokateure einzuschleusen, während autoritäre und hybride Regime eher zu Menschenrechtsverletzungen, Massenverhaftungen oder -tötungen und der Verhängung des Kriegsrechts greifen (Chenoweth, Perkoski und Change 2017; Davenport und Armstrong 2004). Unabhängig von der Form der Unterdrückung wissen wir, dass Widerständler*innen einen "Werkzeugkasten" von Techniken entwickeln können, um angesichts der sozialen Kontrolle zu bestehen (Finkel 2015).

Eine der frühesten Empfehlungen zur Minimierung der Auswirkungen von Repression stammt von Robert Burrowes (1996). Burrowes schlug vor, dass zivile Widerständler*innen, wenn ein staatliches Durchgreifen droht, *zwischen Taktiken der Konzentration* (wie Massendemonstrationen, Märsche oder Platzbesetzungen) und *Taktiken der Zerstreuung* (wie Boykotte oder symbolische Schweigeminuten) *wechseln* sollten. Taktiken der Konzentration sind nützlich, um Solidarität und Moral unter den Demonstrant*innen aufzubauen, die Medienberichterstattung zu beeinflussen und das Ausmaß der öffentlichen Unterstützung für die Ziele der Bewegung sichtbar zu machen. Sie bieten jedoch auch ein leichtes Ziel für Repressionen, da die Protestierenden geografisch an einem Ort konzentriert sind. Wenn mit Repressionen zu rechnen ist, können die Widerständler*innen ihre Demonstrationen einstellen und zu Taktiken übergehen, bei denen es schwierig ist, die Teilnehmer*innen zu identifizieren. Ein Boykott beispielsweise lässt sich nicht so leicht unterdrücken, da es praktisch unmöglich ist, festzustellen, wer daran teilnimmt, und es schwer ist, einen Angriff auf jemanden zu rechtfertigen, der einfach nur seine Verbraucherpräferenzen ausübt. Eine verwandte Strategie ist die Durchführung von "Blitzaktionen" (flash mobs), bei denen sich die Menschen für eine sehr kurze Zeit - in der Regel einige Minuten - an einem Protest beteiligen und sich dann auflösen. Dies bedeutet, dass die Sicherheitskräfte nicht genügend Zeit haben, um Verhaftungen vorzunehmen. Wenn sie am Ort des Geschehens eintreffen, haben sich die Aktivist*innen bereits aufgelöst und sind im normalen Fußgängerverkehr untergetaucht.

Eine zweite Gegenstrategie besteht in einer starken, aber *dezentralisierten/horizontalen Organisation und Führung* der Bewegung. Wissenschaftler*innen haben nachgewiesen, dass staatliche Repressionen gegen gut organisierte Bewegungen weniger wirksam sind (Sutton, Butcher, Svensson 2014). Zentral organisierte Bewegungen sind jedoch leichter zu

unterdrücken, da die Führung leicht identifizierbar und somit leicht angreifbar ist. Tatsächlich sind einflussreiche Führungspersönlichkeiten der Bewegung oft das Ziel von Mordanschlägen - wie Mohandas K. Gandhi, Martin Luther King, Jr., Malcolm X und Erzbischof Oscar Romero -, da die Gegner*innen der Bewegung glauben, dass die Tötung solcher Führungspersönlichkeiten die Aktivist*innen demoralisieren und die Fähigkeit der Bewegung zur strategischen Planung und Durchführung von Kampagnen untergraben würde (Bob und Nepstad 2007). Die beste Strategie ist eine horizontale, verstreute Führung, damit der Widerstand weitergehen kann, wenn ein Teil der Bewegung lahmgelegt wird. Die Otpor-Bewegung, die den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic stürzte, hatte zum Beispiel Aktivist*innengruppen im ganzen Land. Sie begann als Studierendenbewegung, die sich auf die vier Universitäten Serbiens konzentrierte. Die Student*innen kehrten jedoch regelmäßig in ihre Heimatstädte zurück, die über das ganze Land verteilt waren, und rekrutierten Nichtstudierende, sich ihnen anzuschließen. Dies führte zur Entstehung von Otpor-Müttern, die das politische Engagement ihrer Kinder unterstützen wollten. Darüber hinaus ergriff Otpor Maßnahmen, damit die Behörden die Anführer*innen nicht identifizieren konnten. Wie eine Wissenschaftlerin feststellte, "traf ein Team von Otpor-Aktivist*innen in Belgrad zwar wichtige strategische Entscheidungen, blieb aber vor der Öffentlichkeit verborgen. Stattdessen wechselte Otpor alle vierzehn Tage seine Sprecher*innen aus, ohne die Konsistenz seiner politischen Botschaft zu gefährden. Diese Taktik verblüffte die Behörden, die daran gewöhnt waren, eine Handvoll Oppositionspolitiker*innen zu vereinnahmen, zu spalten oder zu diskreditieren" (Nikolayenko 2012: 150). Als die staatlichen Behörden später begannen, studentische Organisator*innen in der Hauptstadt Belgrad zu verhaften, dachten sie, die Bewegung sei zu Ende. Der dezentrale Charakter der Bewegung ermöglichte es aber den Aktivist*innen in anderen Regionen, ihren Kampf fortzusetzen.

Eine dritte Komponente des Werkzeugkastens der Widerständler*innen ist die *Vorbereitung auf Festnahme, Verhör und Inhaftierung*. Auch hier können wir aus dem Beispiel von Otpor lernen. Da die Aktivist*innen wussten, dass sie verhaftet werden würden, bereiteten sie sich gegenseitig darauf vor, die Angst vor dem Unbekannten zu überwinden. Als die ersten Verhaftungen erfolgten und die Aktivist*innen schließlich wieder freigelassen wurden, kamen diese Personen zurück und erzählten jedes Detail, das sie konnten. Sie erklärten den Ablauf - vom Anlegen der Handschellen über die Abnahme der Fingerabdrücke bis hin zum Ausziehen der Gürtel und Schnürsenkel und dem Verhör. Sie erklärten die Fragen, die ihnen gestellt wurden, und nannten Antworten, die Aktivist*innen verwenden sollten. Ein Otpor-Führer erklärte:

„[Die Vernehmungsbeamten] stellen einem genau die gleichen Fragen: Wer ist der Anführer von Otpor? Wie ist Otpor organisiert? Woher bekommt Otpor sein Geld? ‚Otpor ist eine führerlose Bewegung‘, sagten wir den Leuten, und ‚Otpor ist in jedem Viertel organisiert‘, und ‚Otpor wird von der serbischen Diaspora und den einfachen Leuten finanziert, die wollen, dass wir in Freiheit leben‘. Als das Klopfen auf den Tischen begann, brauchte man sich nur an diese drei Zeilen zu erinnern. Das Ganze war wie in einer Schulaufführung... ." (Popovic 2015: 132).

Wenn ein*e Aktivist*in verhaftet wurde, wurde das Netzwerk von Otpor schnell mobilisiert. Unterstützer*innen der Bewegung versammelten sich vor dem Gefängnis, riefen die Namen der Festgenommenen und verteilten Kekse und Blumen an das Gefängnispersonal, während die Mütter und Großmütter die Polizei höflich fragten, warum sie ihre Kinder verprügeln würden. In Kleinstädten riefen Eltern den Ehepartner des örtlichen Polizeichefs an und baten um die Freilassung des Schülers, oder sie hängten in örtlichen Geschäften Bilder von besonders brutalen Gefängniswärtern auf (Popovic 2015). Solche Initiativen vermittelten dem Staat, dass seine Handlungen von einer breiteren Öffentlichkeit beobachtet und offengelegt wurden.

Eine vierte Gegenstrategie besteht darin, *gegen Infiltrator*innen oder Provokateure vorzugehen*, die Straßenkämpfe, Unruhen und Sachbeschädigungen anzetteln. Der Umgang mit Provokateuren kann heikel sein. Zu viele Verdächtigungen schaffen Misstrauen und untergräbt die Einheit der Bewegung. Doch wenn man das Problem ignoriert, können die

Provokateure ihren Auftrag erfüllen. Die Lösung liegt hier in der Aufrechterhaltung der gewaltfreien Disziplin, die bei Repression unerlässlich ist. Wie Sutton, Butcher und Svensson (2014) in ihrer Studie feststellten, gingen einseitige Angriffe des Staates in 43 % der Fälle nach hinten los, wenn die Bewegung gut organisiert war und sich jeglicher Gegengewalt enthielt. Wie wird dies nun erreicht? Steve Chase (2021) empfiehlt, dass alle Bewegungskampagnen den Einsatz von geschulten Friedenswächter*innen vorsehen, die Personen mit eskalierendem Verhalten identifizieren und verschiedene Techniken zur Deeskalation der Situation anwenden. Dazu kann auch gehören, die Provokateure physisch zu umzingeln, damit sie keinen Angriff starten können. Chase schlägt außerdem vor, die Rhetorik über den Wert von Krawallen und Sachbeschädigung (die beispielsweise von Antifa- oder Black-Block-Gruppen verbreitet wird) ausdrücklich zu widerlegen. Er empfiehlt außerdem, vor jeder Aktion einen klaren Verhaltenskodex aufzustellen. Wie Sterling (2020) geschrieben hat:

„Am Ende kann es durchaus sein, dass es einige Leute gibt, die man erst lange, nachdem alles vorbei ist, als Infiltratoren erkennt. Die beste Lösung für das Problem des unbekanntes Eindringlings besteht nicht darin, allen zu misstrauen, sondern vielmehr darin, diese potenziell katastrophale Spannung ganz zu vermeiden, indem man einen klaren Verhaltenskodex für alle Teilnehmer*innen verabschiedet und durchsetzt. Wenn Sie Leute isolieren, die sich weigern, die vereinbarten Sicherheitsprotokolle einzuhalten, oder die Ihren Verhaltenskodex brechen, dann haben Sie den Feind in Ihrem Lager effektiv besiegt.“ (zitiert in Chase 2021).

Fünftens können Aktivist*innen dazu beitragen, Repressionen zu vermeiden, indem sie *Beziehungen zu den Sicherheitskräften aufbauen*, was deren Bereitschaft zur Ausführung von Befehlen untergraben kann. Dies ist ein Grund, warum es bei den Protesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in China nicht früher zu tödlichen Repressionen kam. Die Aktivist*innen bemühten sich bewusst, die Polizei zu erreichen und um ihre Unterstützung zu bitten. Anfänglich funktionierte das gut, da sich die Polizei gelegentlich an den Protesten beteiligte und kaum Widerstand leistete, wenn die Studierenden bei ihren Märschen Barrikaden durchbrachen. Als die Kommunistische Partei Chinas erkannte, dass es schwierig werden würde, hart durchzugreifen, da die Loyalität so vieler Sicherheitsbeamter in Frage gestellt war, holte sie absichtlich neue Truppen aus der Mongolei. Die mongolischen Soldaten waren nicht mit Informationen über die Demokratiebewegung in Berührung gekommen. Da sie außerdem nicht denselben Dialekt sprachen, konnten die Demonstrant*innen sie nicht ansprechen (Nepstad 2011). Die mongolischen Truppen waren es, die schließlich den gewaltsamen Angriff ausführten, der die Bewegung beendete.

Eine sechste Gegenstrategie besteht darin, die *Überwachungstechnologie durch Verkleidung* zu behindern. Bei den jüngsten Protesten in Hongkong stuft der Staat jeden Protest als illegale Versammlung ein. Gesichtserkennungssoftware wurde eingesetzt, um diejenigen zu identifizieren, die an den Protesten teilnahmen, damit sie verhaftet und strafrechtlich verfolgt werden konnten. Die Aktivist*innen ließen sich kreative Wege einfallen, um anonym zu bleiben und eine Identifizierung zu vermeiden. Um sicherzustellen, dass ihre Gesichter nicht sichtbar waren, trugen sie Regenschirme, Masken oder Sturmhauben (Ullrich und Knopf 2018). Dies war so effektiv, dass die Behörden in Hongkong daraufhin ein Maskenverbot erließen.

Schließlich können Widerstandskämpfer*innen Vorfälle von Unterdrückung verstärken, um einen *Backfireeffekt zu erzeugen*. Unter Backfire versteht man „eine öffentliche Reaktion der Empörung auf ein Ereignis, das publik gemacht und als ungerecht empfunden wird“ (Hess und Martin 2006: 249). Diese Empörung kann zu einer internationalen Verurteilung eines repressiven Staates führen und die öffentliche Meinung zugunsten der Protestierenden verändern. Mit anderen Worten: Geschickte Widerstandskämpfer*innen können repressive „transformative Ereignisse“ nutzen, um die Brutalität des Regimes zu entlarven, internationalen Druck auf das Regime auszuüben und öffentliche Unterstützung zu gewinnen. So können repressive Maßnahmen, die eine Bewegung demobilisieren sollten, den paradoxen Effekt haben, die Opposition zu stärken.

Ein repressives Ereignis löst jedoch nicht automatisch öffentliche Empörung aus. Damit die Backfiredynamik eintreten kann, sind drei Bedingungen erforderlich: 1) Zeug*innen müssen die Repression als ungerecht, übertrieben und unverhältnismäßig (keine legitime Gewaltanwendung) empfinden; 2) die Informationen über die Repression müssen an ein Publikum weitergegeben werden, das über genügend Einfluss und Macht verfügt, damit seine Empörung Wirkung zeigen kann; und 3) die zivilen Widerständler*innen müssen der staatlichen Propaganda wirksam entgegentreten. Was den ersten Punkt betrifft, so müssen die Protestierenden dafür sorgen, dass die Informationen über die Niederschlagung weit verbreitet werden - insbesondere an internationale Journalist*innen und einflussreiche Gruppen. Dies ist einfacher geworden, da die meisten Menschen über Smartphones verfügen, mit denen sie Fotos und Videos aufnehmen und über soziale Medien, E-Mail und Textnachrichten an andere weitergeben können. Wenn der Staat die sozialen Medien einschränkt, wie es in autoritären Kontexten häufig der Fall ist, müssen Aktivist*innen diese Barrieren überwinden. Ein Beispiel dafür ist, dass internationale Unterstützer*innen russischen Oppositionellen VPNs (virtuelle private Netzwerke) anbieten, damit sie Zugang zu alternativen Informationen über den Krieg in der Ukraine und Russlands Verstöße gegen die Genfer Konvention haben.

Selbst wenn Informationen und Videomaterial über ein repressives Ereignis erfolgreich verbreitet werden, wird die für solche Gräueltaten verantwortliche Regierung versuchen, diese Informationen zu zensurieren, sie zu vertuschen oder sie als legitime Gewaltanwendung darzustellen. Die Regierungsbehörden werden Propaganda betreiben, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen. Glücklicherweise gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie zivile Widerstandskämpfer*innen dem entgegenwirken und die öffentliche Verurteilung fördern können. Hess und Martin (2006) bieten uns einen Überblick - zusammengefasst in Tabelle 1 unten - über gängige Regimemanöver und die Methoden von Aktivist*innen, um Gegenmaßnahmen zu fördern.

*Abbildung 1 Staatliche Taktiken, Backfire und Reaktionen der Aktivist*innen zu verhindern*

Techniken des Staates, um öffentliche Empörung zu verhindern	Beispiele	Methoden der Aktivist*innen, öffentliche Empörung zu schaffen
Verschleiern der Information	Zensur, Beschlagnahme von Information	Videos und Beweise den Medien übermitteln durch Journalismus oder soziale Medien
Entwertung der Opfer	Opfer als Lügner*innen, Kriminelle, Hooligans etc. darstellen	Humanisierung durch persönliche Geschichten
Reinterpretation	Fakten verwirren	Glaubhafte Zeug*innen vorstellen, die Interessen der repressiven Elite offenlegen
Offizielle Ermittlungskanäle	Formale Untersuchungen, offizielle Statements	Unabhängige parallele Untersuchungen, offenlegen von Vorurteilen
Einschüchterung und Bestechung von Zeug*innen	Drohungen, Festnahmen, Angriffe	Fortgesetzte Aktion, Initiativen durch dritte Parteien

Diese Dynamik zeigt sich deutlich in den Bemühungen der Black-Lives-Matter-Bewegung,

gegen Polizeibrutalität gegenüber Afroamerikaner*innen vorzugehen. Oft werden nur wenige Details über den Tod schwarzer Bürger*innen an die Öffentlichkeit weitergegeben; manchmal geben die Beamt*innen lediglich eine Erklärung ab, dass die Person in Polizeigewahrsam gestorben ist, und verheimlichen damit wichtige Informationen. Darüber hinaus stellen Polizeivertreter*innen die Situation oft so dar, dass die festgenommene Person Widerstand geleistet oder das Leben der Polizeibeamt*innen bedroht habe, was die Anwendung tödlicher Gewalt rechtfertige. Dies geschah 2016, als der 25-jährige Freddie Gray in Baltimore verhaftet wurde. Die Polizei gab an, dass Gray wegen des Besitzes eines illegalen Springmessers verhaftet wurde. Sie gab auch dem Opfer die Schuld und behauptete, Gray sei grundlos weggelaufen, als er die Polizei sah. Aktivist*innen von Black Lives Matter widersprachen dieser Behauptung, indem sie Beweise dafür vorlegten, dass das Messer, das Gray bei sich trug, legal war, und darauf hinwiesen, dass es kein Gesetz gibt, das das Weglaufen verbietet; daher gab es keinen legitimen Grund, Gray zu verhaften. Darüber hinaus behauptete die Polizei von Baltimore, Gray sei friedlich festgenommen worden. Um dieser Vertuschung entgegenzuwirken, veröffentlichte die Black Lives Matter-Bewegung ein von Umstehenden aufgenommenes Video, das zeigt, dass Gray gewaltsam festgehalten wurde, dass sechs Polizeibeamte übermäßige Gewalt anwandten und dass Gray schrie und um medizinische Hilfe bettelte. Sie legten auch Zeugenaussagen vor, wonach die festnehmenden Beamten es versäumt hatten, Herrn Gray im Transportwagen zu sichern, wodurch er in eine Position gebracht wurde, die zu einer tödlichen Wirbelsäulenverletzung führte (Kerrison, Cobina und Bender 2018). Aus dem Bericht des Gerichtsmediziners ging hervor, dass 80 Prozent der Wirbelsäule von Herrn Gray am Hals durchtrennt worden waren. Diese - von Aktivist*innen verbreitete - Information löste öffentliche Empörung aus, da sie eindeutig zeigte, dass die repressive Gewalt übertrieben und ungerecht war, da Freddie Gray kein Verbrechen begangen hatte. Dies löste eine Gegenreaktion aus, die zu breiten Protesten und Forderungen nach umfassenden Reformen der Polizeiarbeit führte. Als George Floyd im Jahr 2020 von einem Polizeibeamten in Minneapolis getötet wurde, wurden Informationen veröffentlicht, die Floyd abwerteten. Die Polizei wies darauf hin, dass Floyd zuvor wegen bewaffneten Raubüberfalls und Drogenbesitzes im Gefängnis gesessen hatte. Sie versuchte, Floyd als einen gefährlichen Kriminellen darzustellen, der mit Gewalt behandelt werden musste. Ihre Propagandabemühungen hatten keinen Erfolg. Die Missachtung von Floyds Menschlichkeit durch die Polizeibeamten löste in der Öffentlichkeit Empörung aus, denn das Video seiner Verhaftung zeigte, dass Floyd keine Bedrohung für die Beamten darstellte; im Gegenteil, er gab deutlich an, dass er nicht atmen konnte und nach seiner Mutter schrie. Die Öffentlichkeit konnte mit eigenen Augen sehen, dass das Vorgehen der Polizeibeamten in keinem Verhältnis zu Floyds angeblicher Straftat stand, mit einem gefälschten 20-Dollar-Schein Waren in einem Geschäft zu kaufen.

Schlussfolgerung

Gewaltlose Aktivist*innen müssen damit rechnen, dass sie unterdrückt werden, wenn ihre Bewegung eine echte Herausforderung für die Behörden darstellt. Im Laufe der Zeit haben Demonstrant*innen kluge Strategien entwickelt, Unterstützerkoalitionen aufgebaut, gelernt, effektiv mit den Medien zusammenzuarbeiten, und kreative taktische Innovationen angewandt. Doch auch Regierungen und Aktivist*innen der Gegenbewegung haben eine steile Lernkurve durchlaufen und sind immer geschickter darin geworden, soziale Bewegungen zu behindern und zu unterdrücken. Die Akteure der Unterdrückung haben neue Überwachungstechnologien entwickelt und wenden weiterhin bewährte Methoden an, die seit Jahrhunderten eingesetzt werden - wie Desinformationskampagnen, das Einschleusen von Provokateuren, Verhaftungen und Inhaftierungen sowie direkte Gewalt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass gewaltlose Widerständler*innen ihre Mission nicht als einseitigen Kampf, sondern vielmehr als ein Schachspiel betrachten. Sie müssen offensive Aktionen strategisch planen und durchführen. Außerdem müssen sie die Züge ihrer Gegner*innen vorhersehen und ein Instrumentarium entwickeln, mit dem sie Bestrafungen

zuvorkommen, Sanktionen minimieren oder vermeiden und die Dynamik des Backfire erzeugen können. Ein Blick auf die Forschung zu diesem Thema zeigt, dass es wirksame Methoden gibt, die es Widerstandskämpfer*innen ermöglichen, gewaltfreie Aktionen in Zeiten der Repression aufrechtzuerhalten.

Literaturangaben

Bob, Clifford and Sharon Erickson Nepstad. 2007. "Kill a Leader, Murder a Movement? Leadership and Assassination in Social Movements." *American Behavioral Scientist* 50 (10): 1370-94.

Burrowes, Robert J. 1996. *The Strategy of Nonviolent Defense: A Gandhian Approach*. Albany: State University of New York Press.

Chase, Steve. 2021. *How Agent Provocateurs Harm Our Movements*. Washington DC: International Center for Nonviolent Conflict. Available at https://www.nonviolent-conflict.org/resource-library/?fwp_language=english

Chenoweth, Erica. 2017. Trends in Nonviolent Resistance and State Response: Is Violence towards Civilian-Based Movements on the Rise. *Global Responsibility to Protect*, 9(1), 86-100.

Chenoweth, Erica, Evan Perkoski, and Sooyeon Chang. 2017. "State Repression and Nonviolent Resistance." *Journal of Conflict Resolution* 61(9): 1950-1969.

Chenoweth, Erica, and Maria J. Stephan. 2011. *Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Columbia University Press.

Cunningham, David. 2013. *Klansville U.S.A.: The Rise and Fall of the Civil-Rights Era Ku Klux Klan*. New York: Oxford University Press.

Davenport, Christian, and David A. Armstrong. 2004. "Democracy and the Violation of Human Rights: A Statistical Analysis from 1976 to 1996." *American Journal of Political Science* 48 (3): 538-54.

Elcioglu, Emine F. 2015. "Popular Sovereignty on the Border: Nativist Activism Among Two Border Groups in Southern Arizona." *Ethnography* 16(4): 438-462.

Ferree, Myra Marx. 2005. "Soft Repression: Ridicule, Stigma, and Silencing in Gender-based Movements." Chapter 6 in *Repression and Mobilization*, edited by Christian Davenport, Carol Mueller, and Hank Johnston. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Finkel, Evgeny. 2015. "The Phoenix Effect of State Repression: Jewish Resistance during the Holocaust." *American Political Science Review* 109 (2): 339-53.

Gohdes, Anita R. 2015. "Pulling the Plug: Network Disruptions and Violence in Civil Conflict." *Journal of Peace Research* 52 (3): 352-67.

Hess, David, and Brian Martin. 2006. "Repression, Backfire, and the Theory of Transformative Events." *Mobilization: An International Quarterly* 11 (2): 249-67.

Kerrison, Erin M., Jennifer Cobbina, and Kimberly Bender. 2018. "Stop-gaps, Lip Service, and the Perceived Futility of Body Work Police Officer Cameras in Baltimore City." *Journal of Ethnic and Cultural Diversity in Social Work* 27(3): 271-288.

King, Jr., Martin Luther. 1958. *Stride Toward Freedom: The Montgomery Story*. New York: Harper Collins.

Kurtz, Lester and Lee Smithey (Eds). 2018. *The Paradox of Repression and Nonviolent Movements*. Syracuse: Syracuse University Press.

Martin, Brian. 2007. *Justice Ignited: The Dynamics of Backfire*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.

Marx, Gary T. 1979. "External Efforts to Damage or Facilitate Social Movements: Some Patterns, Explanations, Outcomes, and Complications." Pp. 94-125 in *Dynamics of Social Movements*, edited by Mayer Zald and John McCarthy. Cambridge, Mass: Winthrop.

- Nepstad, Sharon Erickson. 2011. *Nonviolent Revolutions: Civil Resistance in the Late 20th Century*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Nepstad, Sharon Erickson and Alexis M. Kenney. 2018. "Legitimation Battles, Backfire Dynamics, and Tactical Persistence in the NFL Anthem Protests, 2016-2017." *Mobilization* 23(4): 469-483.
- Nikolayenko, Olena. 2012. "Origins of the Movement's Strategy: The Case of the Serbian Youth Movement Otpor." *International Political Science Review* 34(2): 140-158.
- Peterson, Anna. 1996. *Martyrdom and the Politics of Religion: Progressive Catholicism in El Salvador's Civil War*. Albany: State University of New York Press.
- Popovic, Sjrda. 2015. *Blueprint for Revolution*. New York: Spiegel and Grau.
- Sharp, Gene. 1973. *The Politics of Nonviolent Action*. Boston: Porter Sargent.
- Sutton, Jonathan, Charles Butcher, and Isak Svensson. 2014. "Explaining Political Jiu-jitsu: Institution-building and the Outcomes of Regime Violence against Unarmed Protesters." *Journal of Peace Research* 51 (5): 553-73.
- Tilly, Charles. 1978. *From Mobilization to Revolution*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Ullrich, Peter and Philipp Knopp. 2018. Protesters' Reactions to Video Surveillance of Demonstrations: Counter-Moves, Security Cultures, and the Spiral of Surveillance and Counter-Surveillance. *Surveillance & Society* 16(2): 183-202.
- Whelan, Matthew Philipp. 2020. *Blood in the Fields: Oscar Romero, Catholic Social Teaching, and Land Reform*. Washington DC: Catholic University of America Press.

Dr. Sharon Erickson Nepstad lehrt an der Universität von New Mexico, USA.

Belarus

Widerstand gegen Diktatur und Krieg. „Nein heißt nein!“

Olga Karatch

Unsere Idee ist es, eine Frauenkampagne "Nein heißt Nein" durchzuführen, um belarussische Männer dazu zu bewegen, massiv aus der Armee zu desertieren, und belarussische Frauen dazu zu bringen, ihre Teilnahme am Krieg von Seiten des Kremls abzulehnen.

Ziele der Kampagne:

1. Entmilitarisierung der belarussischen Armee, um Alexander Lukaschenko die wichtigste Ressource im Krieg zu entziehen - die menschliche Ressource. Wie kann er sich beteiligen, wenn er niemanden hat, den er zum Kämpfen einsetzen kann?
2. Die russische Armee soll demoralisiert werden, da sie schockiert sein wird, dass die Belarussen nicht nur nicht bereit sind zu kämpfen, sondern auch in großer Zahl vor Krieg und Militäraktionen fliehen. Das heißt, dass das Misstrauen innerhalb der Armee zwischen Russen und Belarussen wachsen wird: Sie müssen nicht nur Ukrainer*innen töten, sondern auch auf Belarussen aufpassen, damit sie nicht weglaufen.
3. Mobilisierung des Protestpotenzials und der Protestwählerschaft in Belarus gegen den Krieg und für die Nichtbeteiligung an den Kriegsanstrengungen gegen die Ukraine. Dies wird dem belarussischen Protest einen neuen Impuls und einen zweiten Aufschwung verleihen, denn wir brauchen eine Armee von Freiwilligen, die direkt mit der belarussischen Gesellschaft zusammenarbeiten.

Vorläufige Ergebnisse nach zehn Tagen der Kampagne:

Die Reichweite der Informationsmaterialien auf YouTube, Facebook und anderen sozialen Netzwerken betrug mehr als 1 Million Nutzer*innen.

Seit dem 05.03.2022 verlassen massiv Männer im kampffähigen Alter Belarus, weil sie befürchten, zu den Waffen gerufen zu werden und auf Putins Seite kämpfen zu müssen. Inzwischen haben die litauischen Behörden offiziell bestätigt, dass der Zustrom belarussischer Männer nach Litauen zugenommen hat. So reisen beispielsweise täglich etwa 200 Männer nur über den Grenzübergang Medininkai nach Litauen ein. Es gibt fünf Grenzübergänge an der weißrussisch-litauischen Grenze, wobei Medininkai natürlich der größte ist.

Seit dem 03.03.2022 weigert sich eine belarussische Militärschwadron, die bereits im Dorf Mykhailo Kotsiubynsky im Gebiet Tschernihiw in Dienst gestellt wurde, sich in Richtung Ukraine zu bewegen. Am 1. März 2022 bestätigte der Sprecher der regionalen Verwaltung der Verteidigungskräfte "Sever" ("Norden") Vitaly Kirillov, dass belarussische Truppen in das Gebiet Tschernihiw eingedrungen sind. Die Medien ZN.UA schrieben über diesen Vorfall.

Am 03.03.2022 lud das belarussische Kommando die Eltern der belarussischen Soldaten, die in der Region Gomel stationiert sind, ein, sich am 8. März 2022 davon zu überzeugen, dass alle Soldaten in Belarus sind. Einem unbestätigten Bericht zufolge steht dies im Zusammenhang mit den massenhaften Anrufen belarussischer Mütter mit der Aufforderung, ihre Söhne nicht in die Ukraine zu schicken.

Am 04.03.2022 stellte sich ein belarussischer Fallschirmjäger in Richtung Shatsk den ukrainischen Grenzsoldaten, weil er, wie er erklärte, nicht für Putin kämpfen wollte. Der Fallschirmjäger bot an, für die Ukraine zu kämpfen.

Am 04.03.2022 erklärte Lukaschenko, dass „kein Grund zur Sorge besteht, dass belarussische Soldaten in der Ukraine kämpfen werden“ (Normalerweise tut Lukaschenka jedes Mal, wenn er etwas sagt, genau das Gegenteil, d.h. seine Erklärung sollte als Beweis dafür gelten, dass belarussische Soldaten in der Ukraine kämpfen werden).

Am 04.03.2022 trat der Generalstabschef Viktor Hulevich von seinem Amt zurück, weil sich belarusische Soldaten massenhaft weigerten, in die Ukraine zu gehen: In seinem Rücktrittsschreiben schrieb er, dass „die Aufklärungsarbeit unter den Soldaten kein Ergebnis bringt“.

Am 09.03.2022 gab das belarusische Verteidigungsministerium bekannt, dass jemand „falsche Einberufungsbescheide“ an belarusische Männer verschicke. Wir persönlich denken, dass es sich bei dem vom Verteidigungsministerium erwähnten „Jemand“ um das Verteidigungsministerium selbst handelt, das den Anschein erweckt, dass es sich nicht um Einberufungsbescheide in einem staatlich genehmigten Format handelt, sondern um Papiere, die von unbekanntem Hooligans verschickt werden. Die „Mathematik“ des Verteidigungsministeriums ist einfach: Wer nicht reagiert und zu den Einberufungsbüros kommt, wird zur Armee gebracht und in die Ukraine geschickt. Diejenigen, die sich erschrecken und große Töne spucken, werden getröstet und ihnen wird gesagt, dass das Verteidigungsministerium nichts an sie geschickt hat, dass es sich um einen falschen Einberufungsbescheid handelt.

Am 09.03.2022 wurde die Webseite des belarusischen Grenzkomitees mit den Informationen über die Ausreiseregeln aus der Republik Belarus in die Republik Litauen nicht mehr geöffnet. Die Mitteilung 403 (Forbidden) wird zu den Serverfehlern gezählt.

Unerwartete Ergebnisse:

1. Die litauische Regierung ist schockiert über die Zahl der belarusischen Männer im Rekrutierungsalter, die in dieser Woche in ihrem Land eintrafen. Wir haben sie mehrere Tage im Voraus informiert, aber sie haben nicht geglaubt, dass die Massenflucht von belarusischen Männern aus der Armee nach Litauen überhaupt real ist.
2. Die Verhandlungen zwischen "Unser Haus" und dem ukrainischen Militär über die Möglichkeit, belarusische Kriegsgefangene an belarusische Frauen aus „Unser Haus“ zu übergeben, verlaufen recht gut. Die ukrainischen Militärs sagten, dass dies theoretisch möglich ist, aber es muss entschieden werden, in welches Land (Belarus kann verständlicherweise kein solches Land sein).
3. Verhandlungen von "Unser Haus" mit einer Reihe von Regierungen. Lettland hat vor einer Woche und Litauen vor einem Tag zugestimmt, belarusische Männer, die vor der Einberufung fliehen, als politische Flüchtlinge zu betrachten.

Die Hauptrisiken:

Die Überprüfung der weißrussischen Männer, die weglaufen, weil sich unter ihnen Saboteure des KGB oder FSB befinden könnten. Alexander Lukaschenko hat bereits öffentlich gesagt, dass Putin und Lukaschenko planen, innerhalb der nächsten zwei Jahre neue Häfen an der Ostsee zu eröffnen, und sie haben ihre Standorte bereits auf der Karte ausgewählt. Das bedeutet, dass Putin und Lukaschenko planen, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in den baltischen Staaten einen Krieg zu beg*innen. In Anbetracht der Tatsache, dass Russland seit mehreren Jahren einen Angriff auf die Ukraine vorbereitet (aus einigen Fakten geht hervor, dass dies bereits seit 2017 der Fall ist), ist das Risiko nicht ausgeschlossen, dass unter dem Deckmantel von Männern, die vor dem Krieg in Weißrussland fliehen, eine bestimmte Anzahl von Saboteuren in die baltischen Staaten und Polen einreisen wird, die irgendwann diese Aggression Putins gegen die baltischen Staaten innerhalb der Länder selbst unterstützen sollen.

Aus Mangel an Kapazitäten werden wir nicht in der Lage sein, einen Stützpunkt für die belarusischen Männer vorzubereiten, die nicht am Krieg teilnehmen wollen, und Lukaschenko kann sie immer noch gewaltsam in die Armee aufnehmen, und sie werden nicht fliehen können, weil sie nirgendwo hin können.

Nächste Schritte:

Einrichtung des Kanals „Belarus, finde deine Männer!“ Einrichtung bzw. Intensivierung der Menschenrechts-Hotline für die geflohenen Soldaten, die so genannten „Eulen“. „Eulen“ sind Menschenrechtsverteidiger*innen, die während der Proteste 2020 Menschen geholfen und gerettet haben: „Eulen“ halfen bei der Zahlung von Bußgeldern, bei der Suche nach Anwälten, sie trösteten die Angehörigen, halfen bei der Zustellung von Lebensmittel- und Kleiderpaketen für die inhaftierten Menschen in den Gefängnissen und vieles mehr. Die „Eulen“ sollten den Männern, die sich zur Flucht entschlossen haben, helfen, diese auch durchzuführen. Es ist auch wichtig, die Männer, die sich zur Flucht entschlossen haben, zu heroisieren, da das Wort „Deserteur“ in unserer Kultur einen negativen Beigeschmack hat. Organisation der Überprüfung von Kriegsgefangenen/Deserteuren über Datenbanken und durch Verwandte, einschließlich der Erstellung von Listen der inhaftierten Belarussen. Es ist bereits bekannt, dass die belarusischen Soldaten in den Militärkommissariaten ihrer Mobiltelefone, Pässe, Lebensmittel, Geld usw. beraubt werden, so dass es für sie schwierig ist, zu fliehen und sich zu ergeben, da die Frage ihrer Überprüfung aufkommen wird.

Der politische Wille der Nachbarländer, belarusische Männer aufzunehmen, die fliehen, weil sie nicht kämpfen wollen. Insbesondere, um sie aus dem Gebiet der Ukraine und ohne Pässe aufzunehmen.

Synergien der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen, „Unser Haus“ mit dem gesamten Netzwerk, Frauenorganisationen und so weiter, denn der Erfolg der Kampagne hängt davon ab, wie schnell und zusammenhängend alle arbeiten werden. Wir müssen alle auftretenden Probleme sehr schnell lösen, damit Putins Propaganda nichts gegen uns verwenden kann.

Unsere Kontakte:

- de.news.house
- news.house
- <https://www.facebook.com/olga.karatch.belarus>
- https://twitter.com/olga_karatch
- info@nash-dom.info

Olga Karatch ist die Gründerin und Leiterin von „Unser Haus“. Sie lebt im Exil in Vilnius (Litauen).

Kurzinput zum Einstieg in die Diskussion über die Ukraine Zur Wirkung gewaltfreien Widerstands im Ukraine-Krieg

Ulrich Stadtmann

Diese Thesen dienen als Einleitung in eine Diskussion über Soziale Verteidigung im Kontext des Ukraine-Kriegs.

- Die Ukraine wehrt sich gegen den russischen Angriff mit militärischen Mitteln. Spontan kommt es aber immer wieder auch zu zivilem Widerstand, bei dem sich Menschen sogar Panzern entgegenstellen.
- Zu den nicht-militärischen Aktivitäten gehören auch die ersten Ansprachen des ukrainischen Präsidenten in seiner russischen Muttersprache, die sich direkt an die Bevölkerung Russlands gerichtet haben und damit auch an die Soldat*innen, sich diesem Krieg entgegenzustellen.
- Darüber hinaus sollen die internationalen Sanktionsmaßnahmen die Kriegsführung Russlands schwächen und einflussreiche Kreise in Russland zum Widerstand gegen Putin ermutigen.
- Es gibt vielfache Versuche, von einzelnen Bürger*innen ebenso wie von Nicht-Regierungs-Organisationen und Medien, der russischen Bevölkerung unabhängige Informationen über den Krieg zukommen zu lassen. Das gelingt auch teilweise, wie die Proteste in Russland zeigen.
- Angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse stellt sich insbesondere bei der Verteidigung der Städte die Frage, ab wann die militärische Verteidigung eingestellt wird.
- Das Ende der militärischen Verteidigung muss jedoch nicht das Ende des Widerstands bedeuten. Einerseits ist ein Partisanenkampf denkbar. Andererseits kann auch jederzeit zu zivilem Widerstand übergegangen werden, wie die spontanen Proteste in besetzten Städten zeigen.
- Ein Besatzungs-Regime, das auf geschlossenen Widerstand stößt, muss mit großem Personaleinsatz seine Anordnungen durchsetzen. Im Rahmen der Sozialen Verteidigung wird dieser Widerstand als „Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ bezeichnet. Das bedeutet, es gibt eine fortgesetzte Auseinandersetzung zwischen den Besatzern und den Besetzten in der direkten Auseinandersetzung zwischen den jeweiligen Menschen. Ziviler Widerstand wirkt hier direkt weiter demoralisierend auf das Personal des Besatzungsregimes, das permanent mit einem Widerspruch konfrontiert wird: Gemäß der Propaganda wurde es zu einer Befreiungsaktion geschickt, aber es wird ihm ständig vor Augen geführt, dass es sich um eine Unterdrückungsaktion handelt. Damit wird zugleich eine Gegeninformation gegenüber der russischen Bevölkerung erreicht, die der Informationsunterdrückung in Russland entgegenwirkt.
- Durch all diese Aktivitäten soll die Anti-Kriegs-Bewegung in Russland verstärkt werden, die letztlich einen Abzug der russischen Besatzung erreichen und die Selbstbestimmung der Bevölkerung der Ukraine herbeiführen soll.
- Angesichts der Zerstörungen und der menschlichen Opfer insbesondere in Städten im Rahmen einer militärischen Verteidigung ist ein Wechsel zu einer Sozialen Verteidigung mit fortgesetztem zivilem Widerstand auch unter Besatzungsbedingungen eine Alternative zu einer Kapitulation.
- Eine militärische Unterlegenheit muss nicht das Ende des Widerstands bedeuten.
- Schon in einer repräsentativen Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew aus dem Jahr 2015 sprachen sich große Teile der ukrainischen Bevölkerung für eine gewaltfreie Verteidigung von bewohnten Städten und Ortschaften aus.

Ulrich Stadtmann ist Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung.

AG 1: Die Sicht der lokalen Zivilgesellschaft: Wie umgehen mit eingeschränktem Handlungsspielraum? Am Beispiel indigener Gruppen in Russland

Johannes Rohr

Einige Wochen vor dem Krieg hörte ich im Meduza-Podcast „čto slučilos?“ ein Interview mit einem Vertreter des Moskauer Meinungsforschungsinstituts Levada Centre. In dem Interview ging es um die Frage, wie stabil Putins Herrschaft ist. Im Ganzen, so die Antwort, sei sie sehr stabil, es gebe aber zwei Szenarien, beide wenig wahrscheinlich, die Putins Herrschaft ins Wanken bringen könnten:

1. Ein dramatischer ökonomischer Absturz oder 2., ein Krieg.

Da Putin sich die letzten 22 Jahre über als geschickter Taktiker und Opportunist erwiesen hat, war ich mir im Wissen um diese Erkenntnisse bis zum 24. Februar sehr sicher, dass es keinen großen Krieg geben würde und dachte bei den wochenlang sich wiederholenden Warnungen, dass das alles nicht so heiß gegessen wie gekocht wird. Und das sagten die meisten Beobachter*innen, eigentlich alle - mit Ausnahme ausgerechnet von CIA und BILD. Noch am 24. sagte der russische regimekritische Politologe Dmitrij Oreškin im mittlerweile zwangsgeschlossenen letzten unabhängigen Fernsehsender Telekanal Dožd', dass Putin niemals die Volksrepubliken Doneck und Lugansk anerkennen würde, er würde nur damit drohen, alles andere wäre schön blöd für ihn. Zwei oder drei Stunden später kam dann die Anerkennung und wieder ein bis zwei Stunden später sah ich auf TV Dožd' die Meldung, dass Putin den Sicherheitsrat um die Autorisierung von Militäreinsätzen außerhalb des Staatsgebietes gebeten habe. Auch da dachte ich noch, dass er seine Armee allenfalls in die beiden „Volksrepubliken“ einmarschieren lässt. Am nächsten Morgen, als ich noch im Bett liegend den Guardian las, merkte ich, wie grauenhaft ich mich getäuscht hatte, und mit mir alle Beobachter, auf die ich vertraut hatte.

Alle meine Annahmen waren also falsch gewesen. Prognosen wage ich deshalb kaum noch abzugeben, aber nachdem ich die Entwicklung in Russland seit Putins Ernennung zum Ministerpräsidenten 1999 und Jelzins Machtübergabe an Putin im Jahre 2000 gründlich miterlebt habe, wie sich das Land in dieser Zeit gewandelt hat, denke nicht, dass es eine Lösung der Konflikte und eine Verbesserung der Menschen- und Bürgerrechte in Russland geben wird, solange Putin noch an der Macht ist. Ob das Ende seiner Macht schnell kommt, innerhalb von Wochen, Monaten, wenigen Jahren oder ob es immer noch ein Jahrzehnt oder gar länger dauern wird – dazu traue ich mir kein informiertes Urteil zu. Wenn ich einmal wieder zu meiner Perspektive als Historiker wechsele (was mein universitärer Hintergrund ist) vermute ich, dass diese Zeit später einmal bereits zur Niedergangsphase des Regimes Putin gezählt werden wird. Aber wie lange eine solche Phase dauern wird – wer weiß?

Von heute betrachtet scheint die Zeit von der russischen Revolution von 1905, die die Zarenherrschaft noch niederschlagen konnte, bis zur Revolution von 1917 und der Zusammenbruch der Selbstherrschaft folgerichtig und unausweichlich gewesen zu sein, doch zwischen den beiden Ereignissen lagen 12 lange Jahre. In 12 Jahren werden wir das Jahr 2034 haben. Wer weiß, wer von uns dann gestorben sein wird, wer weiß, was sich alles bis dahin geändert haben wird?

Was für den Historiker nur ein Augenzwinkern ist, ist für die Menschen, die in der Geschichte gefangen sind, während sie geschieht, eine Ewigkeit, mit ungewissem Ausgang. Wir haben keine „Heilsgewissheit“. Solange die Menschheit existiert, hat die Geschichte keinen Ausgang. Das 1990 von Fukuyama verkündete Ende der Geschichte ist genauso wenig eingetreten wie auch ein Sieg der Autokratie in so vielen Ländern heute, Brasilien, Indien, Russland, Philippinen, Ungarn etc. endgültig ist. Alles bleibt immer reversibel, solange die Menschheit existiert.

Was bedeutet die Entwicklung, wie wir sie sehen für die kleinen indigenen Völker des russländischen Nordens?

Um mich dieser Frage anzunähern, muss ich einen kleinen Exkurs machen.

Bei den indigenen kleinen Völkern des Nordens handelt es sich um etwas mehr als 40 verschiedene Ethnien von der finnischen Grenze bis zur Bering-See und vom Altaigebirge bis zum Arktischen Ozean mit jeweils weniger als 50.000 Angehörigen. Zu ihnen gehören Ethnien wie die Sámi, die man früher Lappen genannt hat, die Ewenken, die Tschuktschen oder die Nenzen. Nur wenige von ihnen stoßen von der Bevölkerungsanzahl her an diese Obergrenze, manche von ihnen haben nur noch wenige Dutzend Angehörige. Die Sprachen der meisten indigenen Völker sind infolge der sowjetischen Assimilationspolitik heute akut vom Aussterben bedroht. Während Russland ein zu zwei Dritteln urbanisiertes Land ist, leben die indigenen Völker überwiegend in abgelegenen ländlichen Gebieten Sibiriens, des russischen Nordens und des Fernen Ostens. Für etwa zwei Drittel von ihnen sind traditionelle Wirtschaftsweisen wie Fischfang, Sammeln, nomadische Rentierzucht oder Jagd ein wichtiger oder der wichtigste Bestandteil ihres Lebensunterhalts und natürlich auch ein wichtiges Element ihrer Kultur. Sie bewohnen seit vielen Jahrhunderten die Gebiete des hohen Nordens und Sibiriens, die ab dem 15. Jahrhundert unter russische Herrschaft kamen. Während der Zarenzeit wurden sie zumeist vom russischen Staat in Ruhe gelassen, solange sie zuverlässig den Tribut (Jasak) in Form von Fellen ablieferten, die damals einen ähnlich großen Teil der russischen Exporterlöse ausmachten wie heute fossile Rohstoffe, die ebenfalls überwiegend aus den angestammten Gebieten der indigenen Völker kommen.

Wie für alle Völker der Sowjetunion brachte auch für sie die Sowjetherrschaft einschneidende Veränderungen. Zunächst, in den 1920er Jahren, wollte die Riege der sogenannten „Ethnographen“ eine vorsichtige Modernisierungspolitik unter Wahrung der Selbstbestimmung realisieren, doch mit Stalins totalem Krieg gegen die Landbevölkerung änderte sich dies gründlich. Am bekanntesten ist die staatlich ausgelöste große Hungersnot in der Ukraine und Südrussland, der viele Millionen Bauern zum Opfer fielen. Etwas weniger bekannt ist, dass ein Drittel der Kasachen, die zu diesem Zeitpunkt noch überwiegend nomadisch lebten, ebenfalls verhungerten. Der Umstand, dass in Kasachstan, anders als etwa in der Mongolei, heute kein Nomadismus mehr existiert, ist nicht zuletzt Folge dieses viel zu oft vergessenen Völkermords.

Stalin führte einen rücksichtslosen Vernichtungskrieg gegen die „Rückständigkeit“ und am rückständigsten von allen waren in seiner Werteskala die Nomaden. Für die indigenen Völker des Nordens hieß es, dass sie Ziel einer beispiellosen Entmündigung wurden: Ihre Kinder wurden zwangsweise in Internate eingewiesen, wo sie sich russisch kleiden, ernähren und sprechen mussten, traditionelle Führungspersönlichkeiten wie Schamanen und reiche Rentierzüchter wurden getötet und Institutionen zerstört, gleichzeitig wurde in staatlichen Bildungseinrichtungen eine neue staatshörige Elite von Schriftsteller*innen, Lehrer*innen, Funktionär*innen etc. herangezogen, deren primäre Loyalität nicht mehr bei ihrer jeweiligen Gemeinschaft lag, sondern beim sowjetischen Staat.

Auf den totalen Terror der Stalinzeit folgte die beispiellose Ausbeutung der Natur Sibiriens und des Fernen Ostens in den 60er und 70er Jahren. Für das naiv fortschrittsoptimistische Sowjetregime stellten die nur scheinbar grenzenlosen Weiten eine Ressource dar, mit der man alles machen zu dürfen glaubte, sofern es nur dazu geeignet schien, den Rückstand gegenüber dem Westen aufzuholen. Beispiel der grenzenlosen Rücksichtslosigkeit war, dass man in Jakutien zu seismischen Explorationsarbeiten Atomexplosionen einsetzte. Mit dem Einsetzen des Öl- und Gasbooms in Westsibirien kam es zur größten innersowjetischen Bevölkerungsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg und die indigenen Völker in den Öl- und Gasregionen wurden zu kleinen Minderheiten in ihren angestammten Territorien.

Im neuen Russland

Politisch entmündigt, atomisiert und demografisch marginalisiert, so traten die indigenen Völker mit dem ganzen Land in das postsowjetische Zeitalter ein. Unter Gorbatschow hatte es einen gewissen Aufbruch gegeben, der von Vertreter*innen der staatshörig erzogenen Eliten angeführt wurde, 1990 gab es den ersten Kongress der kleinen indigenen Völker, zu dem Gorbatschow persönlich in den Kreml geladen hatte. Die ersten postsowjetischen Jahre waren sicher chaotisch aber für die indigenen Völker auch hoffnungsvoll. Endlich durfte die Kolonisierung Sibiriens als solche benannt werden, mit gehöriger Verspätung wurden die indigenen Völker Teilnehmer der weltweiten Bewegung indigener Völker, manche Teilregionen Russlands verabschiedeten neue gesetzliche Regulierungen zum Schutz indigener Landrechte. Über eine Ratifizierung des Übereinkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation, des einzigen weltweit bindenden Vertrags über Rechte indigener Völker, wurde zumindest ernsthaft diskutiert, und in den Jahren 1999-2001, also just während der Machtübergabe von Jelzin an Putin, wurden drei wegweisende Rahmengesetze zu Rechten indigener Völker, Landrechten und Rechten indigener Gemeinschaften verabschiedet.

Darauf folgte allerdings ein langer, mittlerweile über 20 Jahre dauernder Abstieg angesichts der nicht enden wollenden Dominanz Putins. Das heißt, dass die Umsetzung des Gesetzes über Landrechte aus dem Jahr 2001 Jahr um Jahr verschleppt wurde. Bis heute ist es nicht umgesetzt. Der Staat entfernte sich immer weiter von einer menschenrechtbasierten Politik, die die indigenen Völker, wie international üblich, als kollektive Rechteinhaber anerkennt. Stattdessen wurden sie immer weiter auf die Rolle von Bittstellern gegenüber dem allmächtigen Staat und den Ölfirmen reduziert. Indigene Gemeinschaften in den großen Öl- und Gasfördergebieten konnten sich glücklich schätzen, wenn sie Entschädigungen für die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage bekamen, doch ihre Zustimmung war höchstens zum Schein gefragt. Anders als in Lateinamerika gibt es fast keine unabhängigen indigenen Organisationen. Infolge der sowjetischen Assimilierungspolitik sind die indigenen Eliten weitestgehend staatshörig und vom Staat abhängig, sodass sich etwa keine indigene Autonomiebewegung wie in Ländern Lateinamerikas entwickeln konnte. Rechtebasierte Konzepte, allen voran das der freien, vorherigen und informierten Zustimmung haben sich nicht durchsetzen können, auch wenn Firmen und Verwaltungen in Russland immer gerne diesen Begriff im Munde führen. Doch die Vorstellung, dass etwa eine indigene Gemeinschaft die Förderung von Öl oder Gas auf ihrem Territorium ablehnt und ein solches Nein anschließend von den Firmen und Staat respektiert würde, ist im Russland der 2020er Jahre nicht denkbar.

Die Förderung der sibirischen Rohstoffe geschah und geschieht bislang unter massiver westlicher Teilhabe. Aus Deutschland ist hier insbesondere der Gaskonzern Wintershall zu nennen, der sich zu zwei Dritteln im Besitz von BASF befindet und großer Anteilseigner von NordStream2 ist. Gerade die deutsche Politik hat sich hier wenig mit Ruhm bekleckert. Man hat immer wieder Großprojekte gefördert, die indigene Völker massiv betreffen, und sich dabei immer wieder einfach auf die Zusicherungen der Firmen verlassen, anstatt eigene Prüfungen zu unternehmen. Auch daher ist der Schutz indigener Rechte im Zusammenhang mit extraktiven Industrien in Russland weit hinter dem Niveau anderer Länder zurück. Es kann, so muss man leider feststellen, in einem Klima, das von Angst und Einschüchterung geprägt ist, keine „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ geben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen müssen solche Prozesse in Russland notwendigerweise Simulation bleiben.

Zu den größten Problemen gehört, dass die staatliche Kontrolle über indigene Organisationen nach der Niederschlagung der Proteste gegen die Wahlfälschungen 2011-2013 massiv zugenommen hat. Der Dachverband der indigenen Völker RAIPON wird seit einem 2013 vom Justizministerium inszenierten Coup durch einen Abgeordneten der Putin-Partei „Einiges Russland“ geführt und unterstützt den Angriffskrieg gegen die Ukraine uneingeschränkt.

Gegen diese Schande hat ein internationales Komitee indigener Völker Russlands seine

Stimme erhoben, doch dieser Name deutet schon an, dass die Mitglieder dieser Komitees sich alle im Ausland befinden. Für Indigene bedeutet es ein besonders hohes Risiko, sich gegen die staatliche Politik zu stellen, weshalb aus dem Land selbst praktisch keine Stimmen dazu zu vernehmen sind.

Welche Strategien hatten wir bisher?

Aus meiner Sicht war die Strategie seit dem Anfang der 90er Jahre ein Versuch, Perspektiven und Methoden der globalen Bewegungen indigener Völker in Russland einzubringen. Diese Bewegungen sind ihrer Natur nach emanzipatorische Bewegungen. Indigene Völker bestehen darauf, dass sie nicht einfach benachteiligte Gruppen (vulnerable groups), sondern kollektive Rechteinhaber (*rights holders*) sind, die autonom über den Weg der eigenen Entwicklung bestimmen. Zentral ist also der Begriff der Selbstbestimmung als emanzipatorisches Projekt. In einer zutiefst vom Staat bestimmten und dominierten Gesellschaft wie der russländischen finden sich emanzipatorische Ansätze auch unter diskriminierten Minderheiten wie den indigenen Völkern nur selten. Daher war der internationale Kontakt, das Fenster, das sich durch Perestroika und Glasnost geöffnet hatte und den überwiegend staatshörigen indigenen Eliten Russlands erlaubte zu sehen, wie indigene Völker beider Amerikas und Asiens offensiv auf ihrer Selbstbestimmung bestehen und Autonomien im Einklang mit ihren Werten und Traditionen aufbauen, sehr wichtig. (Auch wenn der Begriff der Selbstbestimmung in Russland sehr toxisch ist, weil man stets mit ihm den Zerfall des Staates in seine Einzelregionen assoziiert.)

Genauso wichtig war es aber auch, indigenen Völkern in Russland Raum dafür zu geben, eigene Methoden und Perspektiven zu entwickeln oder wiederzuentdecken, die aus der eigenen geschichtlichen und gesellschaftlichen Erfahrung stammen und die sich wesentlich von denen anderer indigener Völker unterscheiden. Daher war unsere Rolle als europäische Partner stets sehr zurückgenommen. Wir stellten zwar materielle Unterstützung zur Verfügung, der Inhalt von Trainingsprogrammen, aufzubauenden Netzwerken etc. sollte aber stets vollständig von den Indigenen selbst bestimmt werden, auch wenn er teilweise anders ist, als wir erwartet hatten.

Während das gerade vage Umschriebene unter der Überschrift von „Capacity building“ läuft, war auch die gemeinsame Nutzung internationaler Instrumente zum Schutz der Menschenrechte indigener Völker stets unverzichtbar und zentral. Das meint etwa, dass wir seit Mitte der 90er Jahre gemeinsam mit indigenen Partnern in Russland regelmäßig sogenannte Alternativberichte an UN-Vertragsorgane eingereicht haben, die für die Überwachung der UN-Menschenrechtspakte und Konventionen zuständig sind. Diese quasi-justiziellen Gremien haben erhebliche völkerrechtliche Bedeutung, und der Umstand, dass sie in ihren Empfehlungen an Regierungen oft die menschenrechtlichen Klagen indigener Völker aufnehmen, hat zumindest in manchen Ländern eine erhebliche Schutzwirkung. In Russland, das muss man leider konstatieren, ist diese stets eingeschränkt und hat in den letzten Jahren eher abgenommen, obwohl Russland stets darauf geachtet hat, die Berichtsanforderungen formal zu erfüllen. In der Substanz wurden die Empfehlungen in den letzten Jahren leider fast durchgängig ignoriert. Teilweise ergab sich anstelle der Schutzwirkung auch eine Zunahme der Repressionen gegen in den Berichten genannten Gemeinschaften. Gegen mich persönlich verhängte die russische Regierung 2019 ein sage und schreibe 50-jähriges Einreiseverbot, nachdem ich beim 8. UN-Forum für Wirtschafts- und Menschenrechte in Anwesenheit von Vertreter*innen der russischen Missionen ein paar Sätze zur Situation indigener Völker in Öl- und Gasfördergebieten gesagt habe.

Welche Strategien werden genutzt, um Aktivist*innen zu diskreditieren?

Auch viele meiner Partner*innen haben mittlerweile das Land verlassen, da sie sich ihrer Freiheit und Sicherheit, teilweise auch ihres Lebens, nicht mehr sicher sein konnten. Gegen

diesen staatskritischen Teil der indigenen Eliten wird staatlicherseits mit massiver Diskriminierung gearbeitet.

Die beiden verbreitetsten Strategien sind die Mobilisierung des Antiamerikanismus, die Beschuldigung der Zusammenarbeit mit dem Ausland, wie auch Vorwürfe der Korruption und der Suche nach persönlichem Vorteil. Dabei reicht es teilweise bereits, wenn jemand Träger eines UN-Mandats ist, um ihn als westlichen „Spion“ zu verunglimpfen.

Welche Möglichkeiten der Unterstützung von außen siehst du als erfolgversprechend an?

Es ist wesentlich, solange es noch geht, Verbindung aufrecht zu erhalten: Durch Verbreitung von VPN-Zugängen mit ausreichender Bandbreite, durch Einsatz alternativer Messenger, alternativer Videokonferenz-Plattformen.

Welche Möglichkeiten für die Menschen in Russland siehst du als erfolgversprechend an?

Für Indigene wie für alle anderen Menschen in Russland gibt es letztendlich keine andere Möglichkeit mehr, als unter Inkaufnahme großer persönlicher Risiken auf die Straße zu gehen, doch damit dies passiert, dazu muss bei den Betroffenen die Wut größer als die Angst sein. Sie müssen Zugang zu unabhängigen Informationen haben, aber gerade außerhalb der Zentren, gerade dort wo die kleinen Völker leben, dürfte es mittlerweile kaum mehr Alternativen zur Kremlpropaganda geben. Bei meinen Freund*innen und Gesprächspartner*innen herrscht im Moment große Verzweiflung und Angst, vollkommen von der Welt abgeschnitten zu werden. „Wir sind in der Sowjetunion geboren, jetzt werden wir in der Sowjetunion sterben.“ Dass der Krieg Teil einer Niedergangphase des Putin-Regimes ist und diesen Niedergang massiv beschleunigt hat, das sagen zwar viele Beobachter*innen, aber in der Perspektive meiner Partner*innen wird alles einfach nur schlimmer.

Welche Handlungsspielräume gibt es also noch? Über Jahre war unser Ansatz einfach, dass wir so lange weitermachen wie wir noch können. Selbst nachdem viele meiner Partner das Land verlassen haben und mir der russische Geheimdienst ein Einreiseverbot von 50 Jahren erteilt hat, haben wir versucht, noch das zu tun, was wir können. Mir liegt es momentan fern, meinen Partnern Empfehlungen zu geben. Welches Risiko sie einzugehen bereit sind, und welche Handlungen mit welchen Risiken verbunden sind, ist von außen kaum zu beurteilen. Für uns als ausländische Partner steht die Sicherheit unserer Partner*innen im Land immer an erster Stelle und wir müssen ihrer Führung und ihrem Rat folgen.

Es ist wichtig, trotz allem, einen langen Atem zu bewahren. Wie alles andere in der menschlichen Geschichte wird auch der aktuelle Abschnitt beizeiten vorbeigehen, soviel ist gewiss. Seit dem 15. Jahrhundert wurde den indigenen Völkern des Nordens immer wieder das unmittelbar bevorstehende Aussterben vorhergesagt, und immer wieder haben sie es durch verschiedene Strategien geschafft, weiter als distinkte Gemeinschaften zu existieren. Das, soviel ist wahrscheinlich, wird auch dieses Mal der Fall sein.

Johannes Rohr ist Mitarbeiter von INFOE e.V.

AG 2: Vorwurf der Steuerung von außen

Ute Finckh-Krämer

Was nicht zum Thema gehört: Umsturz mit Gewalt, egal, ob durch Militär anderer Staaten, Militärputsch oder bewaffnete Aufständische.

Es geht also um gewaltfreie Aufstände. Der Vorwurf tauchte nach meiner Wahrnehmung erstmals Anfang des Jahrtausends auf, im Kontext der „Farbrevolutionen“ in ehemaligen Sowjetrepubliken.

Seitdem wird kontrovers diskutiert, ob gewaltfreie Aufstände durch eine Steuerung von außen im Sinne eines geplanten „regime change“ erklärt werden können oder ob es sich um Gewaltfreien Widerstand bzw. Aufstand handelt.

Erinnerung an die Thesen von Gene Sharp: die gewaltfreie Methodik ist wertfrei, für eine Bewertung sind die Ziele entscheidend. Wichtige Fragen sind also: werden die Ziele von außen vorgegeben? Werden die gewaltfreien Akteure von außen für ihre Arbeit bezahlt?

Vortrag von Sharon Erickson Nepstad zu Beginn der Tagung: Diffamierung von gewaltfreien Bewegungen ist Standardinstrument der jeweiligen Regierungen – die Behauptung, dass sie von außen gesteuert werden, gehört dazu.

Daher unterscheiden bzw. fragen:

- Ist das Ziel die Ablösung einer autoritären, einer lange an der Macht befindlichen oder einer ausbeuterischen Regierung oder ist es die Wiederherstellung von Ausbeutungsstrukturen und die Rückgabe der Macht an wenige?
- Lebt eine Bewegung das, was sie anstrebt?
- Wie breit ist sie in der Bevölkerung verankert, wer gewinnt, wer verliert, wenn sie ihre Ziele umsetzt?

Externe Akteure:

- Haben sie Eigeninteressen, wenn ja, welche?
- Wen unterstützen sie?
- An welche Vorgaben bzw. Bedingungen ist die Unterstützung geknüpft?
- Haben sie sich mit den Folgen ihres Handelns befasst, kennen Sie das „Do no Harm“-Konzept bzw. arbeiten sie mit einem Peace and Conflict Impact Assessment?

Vorwurf der Steuerung von außen:

- Von wem kommt er?
- Wem nützt er?
- Gegen wen wird er eingesetzt?
- Wie plausibel ist er? - Beispiel BSV und unser Belarusprojekt in der jW vom 23.11.2006 – die Behauptungen stimmten nicht, es wurde eine Gegendarstellung erreicht.
- Wie wirksam kann eine Steuerung von außen überhaupt sein? Reichen ein paar Millionen Dollar oder Euro pro Jahr, um eine stabile Regierung zu stürzen? Oder einige Tausend Fakeprofile mit Falschmeldungen auf Facebook, um das Ergebnis einer demokratischen Wahl zu beeinflussen?
- Besonderheiten der weltweiten Vernetzung: mazedonischer Blogger, der von Seitenaufrufen lebte, produzierte Fakenews, die viele Klicks brachten – u.a. die frei erfundene Geschichte von Hillary Clintons Pädophilenring in einer New Yorker Pizzeria. Hatte massiven Einfluss auf den US-Wahlkampf, war aber nicht gezielt darauf gerichtet.

- These von Thania Paffenholz („inclusive peace“): Friedens- und Transformationsprozesse sind turbulent, nicht-linear und langwierig. Also nicht steuerbar, schon gar nicht von außen. Sie müssen außerdem für jedes Land separat entwickelt und den konkreten Bedingungen angepasst werden. Gegenbewegungen sind die Regel, nicht die Ausnahme.
- These aus der Friedrich Ebert Stiftung Moskau: Autoritäre Machthaber wie Putin können sich nicht vorstellen, dass Proteste gegen sie und ihre Regierung aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen. Anders ausgedrückt: sie glauben nicht, dass Menschen selbständig denken und eigenständige Vorstellungen entwickeln können, wie ihre Gesellschaft und ihre Regierung aussehen sollen. Damit muss der Wunsch nach Veränderung zwangsläufig von Externen gesteuert sein.

Aus der Diskussion heraus entwickelte Themen:

- Abgrenzung interne – externe Akteure nicht immer eindeutig (Diaspora)
- Ggf. fließender Übergang zwischen Steuerung – Beeinflussung – Unterstützung

Heikle Frage:

- Wie gehen wir mit Rufen nach militärischer Intervention durch zunächst gewaltfreie Bewegungen um?

Quellen:

Junge Welt 23.11.2006: „Unterstützung erhalten »Subr« und andere Oppositionsgruppen u.a. auch durch den im westfälischen Minden ansässigen »Bund für Soziale Verteidigung«, der mit Workshops und Trainingslagern besonders Oppositionelle aus Belarus ausbildet und indoktriniert, da man die Förderung der belarusischen Opposition nicht allein den US-amerikanischen Stiftungen überlassen wolle.“

Backlash als typisches Ergebnis bei gesellschaftlichen Transformationen, „Inclusive Peace“: <https://www.inclusivepeace.org/why-authoritarian-backlash-happen-and-what-civic-actors-can-do-2/>

Peace and Conflict Impact Assessment: <https://library.fes.de/pdf-files/iez/05594-guidelines.pdf>

Dr. Ute Finckh-Krämer war Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des BSV; derzeit ist sie Co-Vorsitzende des Sprecher*innenrates der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

AG 3: Chile 2019 – 2022: Soziale Revolte und neue Verfassung

Beate Loewe-Navarro und Marcial Navarro

Vorgeschichte

Seit 1540 ist Chile durch Spanien kolonialisiert. Seitdem gibt es den Widerstand der Mapuche im Süden Chiles. Heute herrscht dort seit 1990 mit dem Ende der 17-jährigen Pinochet-Diktatur formale Demokratie, doch ist es strukturell eine durch die Kolonialherrschaft begründete Oligarchie. Die Unabhängigkeit von Spanien hat am System wenig geändert. 30 Jahre lang gab es dort abwechselnd Mitte-Links und Mitte-Rechts Regierungen.

Soziale Revolte 2019

Am 18.10.2019 startete in Chile die „estallido social“, also eine Soziale Revolte, die durch die im dritten Quartal 2019 eingeführte zweite Preiserhöhung der U-Bahn auf etwa 30 Pesos, also ca. 2,50€, begründet wird.

Dort überspringen Schüler*innen Absperrungen in Metrostationen und es gibt landesweite Massendemos. Soziale und gewerkschaftliche Organisationen schließen sich den Forderungen der jungen Menschen an. Über 1,2 Millionen Menschen nehmen an einer Demonstration in Santiago (Hauptstadt Chiles) teil und der Plaza Baquedano (nach einem chilenischen General), inzwischen von den Protestierenden umbenannt in „Plaza de la Dignidad“, wird zum Symbol der Proteste. Der Präsident Piñera ruft den Ausnahmezustand aus: „Wir befinden uns im Krieg“

Militär und Polizei gehen mit extremer Gewalt gegen Demonstrierende vor, die Proteste werden kriminalisiert, es kommt zu Ausgangssperren und Verhaftungen, aber auch zu Straßensperren.

In der Bilanz gibt es über 30 Tote, tausende Verletzte, Misshandlungen und Vergewaltigungen in Polizeistationen, durch Tränengas und Wasserwerfer verursachte Augenverletzungen bei mindestens 460 Opfern, von denen 2 völlig blind geworden sind. Ursache dafür war der Einsatz von illegaler Munition: Gummigeschosse mit Metall und Chemikalien – der Oberbefehlshaber der Polizei hatte den Einsatzkräften vorab Strafverfolgungsfreiheit zugesichert.

Organisationen wie das Instituto Nacional de Derechos Humanos, Amnesty International, das UN Hochkommissariat für Menschenrechte berichteten u.a. über „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Bis heute, nach 29 Monaten, sind noch politische Gefangene aus der sozialen Revolte in U-Haft.

Warum? – Hintergründe

Warum geschah all dies? Die Ursachen sehen Beobachtende vor allem in dem sehr neoliberalen Wirtschaftssystem, das in Chile herrscht. Es gibt viele internationale Verträge, Chile ist das Land mit den meisten Wirtschaftsabkommen weltweit. Die Makroökonomie floriert, aber es gibt eine extreme soziale Ungleichheit: Piñera, der damalige Präsident Chiles, verfügt über ca. 2,7 Mrd. USD Privatvermögen.

Aus Berichten der OECD geht hervor, dass Chile das Land mit den weltweit größten Unterschieden in Bezug auf Verteilung des Reichtums ist. Chile ist außerdem ein subsidiärer Staat: Nur wo sich keine privaten Investoren finden, kann der Staat die Infrastruktur stellen.

Die Lebenshaltungskosten und Preise steigen, die Lebensmittel sind fast so teuer wie in Deutschland und Italien. Dabei sind die Renten miserabel: die Menschen wurden in ein neues, auf Privatfonds basierendes Rentensystem gedrängt, wo das Risiko allein bei den

Versicherten liegt und hohe Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet werden – in 2021 allein 250 Millionen USD.

Das Bildungssystem ist privatisiert, Bildung somit eine Ware. Die Qualität verschlechtert sich dementsprechend.

Dazu kommen Umweltzerstörungen, es gibt sog. „Opferzonen“, in denen Industrien unkontrolliert produzieren und die Umwelt zerstören können. Auch die Wasserversorgung ist privatisiert. Es gibt viele Großprojekte und Stauseen mit negativen ökologischen Folgen.

Im Gesundheitswesen gibt es ein Zweiklassensystem: Auf der einen Seite stehen die teuren privaten Versicherungen (*Isapres*), auf der anderen Seite die minimale Grundversorgung *Fonasa*. Reiche werden in Privatkliniken gut versorgt, während Arme auf Wartelisten für Operationen stehen müssen und viele vor der Operation sterben.

Ein wichtiger Bestandteil der Proteste ist die indigene Bevölkerung, die ihre Rechte einfordert, die ihnen mit dem Gemeinschaftsland genommen wurden. Die Mapuche-Flagge wurde indes zu einem Symbol der Proteste.

Die Losungen lauten „Hasta que la dignidad sea costumbre“ – also „Bis die Würde zur Gewohnheit wird“ oder „Vivan los pueblos que se organizan y luchan“ – „Es leben die Völker, die sich organisieren und kämpfen!“. Dazu kommt ein sehr beliebtes Lied namens „El derecho de vivir en paz“ („Das Recht, in Frieden zu leben“), welches für die Proteste neu aufgenommen und auf Youtube gestellt wurde.

Erfolg – verfassungsgebende Versammlung

Die Proteste waren insofern ein voller Erfolg, als der Weg für eine neue Verfassung frei wurde. Die Regierung wurde zum Einlenken gezwungen – damit wurde eine der Hauptforderungen erfüllt. Die alte Verfassung stammt nämlich aus 1980, der Diktaturzeit.

Im Oktober 2020 gab es ein großes Plebiszit, in dem die Entscheidung nach einer neuen Verfassung mit 79% aller Stimmen angenommen wurde.

Cabildos – also Nachbarschaftsversammlungen – entstehen im ganzen Land und im Ausland.

Am Sonntag dem 16.5.2021 fand die Wahl zum 155-köpfigen Verfassungskonvent statt, der mit über 50% Frauen paritätisch besetzt wurde. Die Mitglieder sind überwiegend Unabhängige aus Basisorganisationen, Vertreter*innen der etablierten Parteien gelten als unakzeptabel, ideenlos und überaltert.

Die größte Gruppe des Konvents ist „Apruebo Dignidad“, aufgeteilt in Frente Amplio und Chile Digno (die u.a. aus Kommunist*innen besteht). Nur 37 Plätze nimmt die regierungsnahe Gruppierung „Vamos por Chile“ ein, 17 Plätze sind für Indigene reserviert.

Die 1. Präsidentin des Konvents ist Elisa Loncón, Mapuche (indigen) und Uniprofessorin.

Die Bevölkerung wird direkt an dem Verfassungsgebungsprozess beteiligt – alle Wahlberechtigten können für je 7 Anträge im Internet ihre Stimme abgeben. Bei mindestens 15.000 Zustimmungen muss das Verfassungskonvent sich mit den Anträgen befassen. Es wird auf Grundlage der Prinzipien Menschenrechte, Transparenz, Dezentralisierung und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen gearbeitet.

Außerdem gibt es breitgefächerte Kommissionen, u.a. für die Themen staatliche/politische Strukturen, Justiz, Grundrechte, Umwelt, Wirtschaftsmodell, Wissenschaft/Technologie und Kultur.

Nach einem Jahr – also Juni bis maximal September 2022 – soll der Entwurf für die neue Verfassung zur Abstimmung durch ein Plebiszit vorgelegt werden.

Präsidentschaftswahl, erste Runde

Am 21.11.2021 findet der erste Wahlgang statt. Zunächst gibt es einen Vorsprung von José Antonio Kast, der die extreme Rechte repräsentiert. Doch es werden auch Nichtwählende und Menschen der politischen Mitte mobilisiert. Die Rechte schürt Angst vor Kommunismus.

Zweite Runde der Präsidentschaftswahl

In der zweiten Runde gibt es eine breite Kampagne für Gabriel Boric, den Zweitplatzierten der ersten Runde. Das Bündnis heißt „Apruebo Dignidad“, der Name ist eine Anspielung auf Verfassung und Forderung aus 2019. Dazu werden die Unentschlossenen mobilisiert. Es gibt einen Versuch der Einigung, Öffnung zur Mitte, für ein sozialeres und umweltfreundlicheres Chile.

Die Themen von Boric sind ein allgemeiner Gesundheitsfonds, ein neues Rentensystem, eine 40-Stunden-Woche, den Mindestlohn von 500.000 CLP und Unterstützung für KMU (Kleinere und Mittlere Unternehmen). Die neue Verfassung soll vor Machtmissbrauch schützen und ein Bürgerrecht auf Wasserzugang zusichern. Die Polizei soll reformiert und die Gehälter des Präsidenten, der Minister*innen, Parlamentarier*innen u.a. gekürzt werden.

In der zweiten Runde haben vor allem jüngere und weibliche Menschen für Boric gewählt, Kast hatte nur bei den Menschen von 70+ eine Mehrheit.

Nach Verkündung des Sieges von Boric ist der Wechselkurs Peso/US-Dollar eingebrochen und normalisiert worden. In seiner Siegesrede verspricht Boric Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und Regionen, einen Aufruf zur Gemeinsamkeit (auch an Gegenkandidaten), Berücksichtigung von Menschenrechten und der Themen der Proteste sowie das Schlagen von Brücken und die Heilung von Wunden.

In der Regierung gibt es 14 Frauen und 10 Männer. Izkia Siches ist 1. Frau im *innenministerium und viele andere sind Fachleute für ihr Ressort. Finanzminister Mario Marcel war einmal bei der Banco Central, Frauenministerin Antonia Orellana ist eine bekannte Feministin und Arbeitsministerin Jeanette Jara eine Gewerkschafterin. Die Regierung ist sehr jung, der Durchschnitt liegt weit unter 50, Boric und engste Vertraute sind allesamt Mitte 30, es gibt also einen Generationswechsel.

Wie geht es weiter?

Am 11. März 2022 wurde die Regierung übernommen. Veränderungen sind trotzdem nicht einfach, Rechte sind nach wie vor stark, gut organisiert und finanzkräftig. Aber es gibt Hoffnung, den 30 Jahre herrschenden Neoliberalismus zu überwinden. Entscheidend ist das Plebiszit über die neue Verfassung im August 2022.

Quellen / Zum Weiterlesen

- <https://taz.de/Verbrechen-gegen-die-Menschlichkeit!/5769228/> 29.01.22
- www.indh.cl/bb/wp-content/uploads/2020/04/Reporte-INDH-19-de-marzo-de-2020.pdf 29.01.22
- <https://www.dw.com/es/piden-a-corte-penal-internacional-juzgar-a-sebasti%C3%A1n-pi%C3%B1era-por-cr%C3%ADmenes-de-lesa-humanidad/a-57382454> (Deutsche Welle) 29.01.22
- Tomás Mosciatti: Una victoria superior a la de Allende (Video), www.youtube.com/watch?v=IGgcLfvKnOg 29.01.22
- <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/chile-waehlt-verfassungskonvent-103.html> 30.01.22
- [https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/chile-verfassungskonvent-indigene-praesidentin-elisaloncon?](https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/chile-verfassungskonvent-indigene-praesidentin-elisaloncon?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) 29.01.22
- <https://static.emol.cl/emol50/documentos/archivos/2021/12/19/20211219231438.pdf> 30.01.22
- https://es.wikipedia.org/wiki/Convenci%C3%B3n_Constitucional (Chile) 30.01.22
- https://es.wikipedia.org/wiki/Proceso_constituyente_en_Chile 30.01.22
- <https://amerika21.de/2022/01/256506/boric-praesentiert-kabinett> 29.01.22

- <https://cambio.today/historico/dolar-norteamericano/peso-chileno> 30.01.22
- <https://www.latercera.com/la-tercera-sabado/noticia/como-llegan-las-principales-alianzas-a-la-convencion-constitucional/5ON4VRJ4VBBXXNH23A7TJQ7T3Q/> 02.07.2021
- Zusätzlich wurden Informationen aus persönlichen Gesprächen mit Organisationen (Cintras, Ojos de Chile, Cabildo de Bremen u.a.), Freund*innen und Familienangehörigen in Chile verwendet.

AG 4: Syrien: Solidarität von unten? Ein Hoch auf die internationale Zivilgesellschaft Der Partneransatz von Adopt a Revolution

Maria Hartmann

„Mit der zunehmenden Gewalt durch das Regime und der fehlenden Hilfe von außen verlor die belagerte Bevölkerung langsam ihr Vertrauen in die Weltgemeinschaft. Wir hörten auf, unsere Hilferufe an die UN oder andere Regierungen zu richten. Internationale Solidarität bekamen wir nur von kleinen, zivilgesellschaftlichen Gruppen. Deshalb müssen wir auch von hier, also von unten, das an Syrien gescheiterte Weltsystem ganz neu aufbauen.“

Saeed alBatal, Medien Aktivist und Filmemacher im bis 2018 belagerten Ost Ghouta bei Damaskus

„Damals haben wir gedacht: Wir sind in 2011, verdammt noch mal! So Massen-Massaker, das gibt es nicht mehr. Wir haben alle Handys, wir gehen immer live.

Wenn wir die Macht haben zu zeigen, was passiert, wird die Welt Assad nicht lassen... Man, waren wir naiv!“

Anis Hamdoun, Theatermacher aus Homs

Wie Solidarität zeigen im Angesicht dieser Gewalt? Zur Entstehung von Adopt a Revolution als solidarische Antwort auf die Niederschlagung der Aufstände 2011 gegen das syrische Regime: Alternativen zum Bestehenden schaffen, Demokratie möglich machen: Zivilgesellschaft in Syrien

Beispiele aus der Arbeit von Partnern von Adopt a Revolution

Eskalation des Konfliktes: Gebietseroberungen, Belagerung, internationale Player, Geopolitik... Was macht die Zivilgesellschaft?

Die Protestbewegung im Exil: Welche Rolle kann die syrische Diaspora in der Aufarbeitung des Konfliktes spielen?

Adopt a Revolution und die neue syrische Diaspora

Seit Sommer 2015 zunehmend Partner*innen aus Syrien als „Geflüchtete“ in Deutschland. Suche nach Formen des Umgangs mit Fragmentierung der Bewegung, den psychosozialen Folgen der Migration und der Kriegsverbrechen, sowie dem „Flüchtlingsnarrativ“ finden Adressierung der Exilierten in 3 Säulen:

- Empowerment, Beratung und Weiterbildung, um in der deutschen Öffentlichkeit wirkmächtig sein zu können
- Vernetzungsformate zum Öffnen von Räumen für interne Debatten (arabischsprachig)
- „Demokratie ist kein Denkmal!“ – Demokratiebewegungen in Deutschland und Syrien zusammen denken, schwindende Räume für Demokratie und Menschenrechte global verteidigen

Was können wir tun?

Zivilgesellschaft in Syrien stärken; Unsere Partnerarbeit unterstützen

www.adoptrevolution.org

Syria Not Safe –Syrien unter Assad bleibt ein Folterstaat

Normalisierungspolitik mit dem Assad-Regime und Abschiebungen nach Syrien langfristig verhindern

www.syria-not-safe.org

Demokratie ist kein Denkmal!

Neue Solidaritäten durch geteilte Erfahrungen der Demokratiebewegungen in der

ehemaligen DDR und Syrien anregen

www.demokratie-kein-denkmal.org/virtuelle-ausstellung

Solidarität überdauernd gestalten;

„Wenn niemand mehr über den Krieg in Syrien berichtet, ist dann automatisch Frieden?“

Reporter ohne Grenzen

„... and that's why Ukraine is a Syrian cause!“

Yassin al-Haj Saleh

Maria Hartmann arbeitet mit Adopt a Revolution.